

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Dienstag, den 28. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Maulkorb.

Das Maulkorbgesetz im preussischen Abgeordnetenhaus entspricht so ganz den Herzenswünschen der Ritter und Heiligen, denen kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, als den Gegner mundtot zu machen. Sie fühlen selbst, daß sie im Kampfe der Geister stets schlecht abschnelden, weil sie eine schlechte Sache verteidigen, die auch durch das stärkste Weisheitsgewehr auf der rechten Seite nicht besser gemacht werden kann. Der neue Maulkorb für die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus ist indessen nach einem „berühmten Muster“ gearbeitet und es ist wohl angebracht, daß man an dieses „Muster“ erinnert, als eine Erscheinung in der Geschichte des Parlamentarismus, die beweist, welche rücksichtslosen Gebrauch die herrschenden Klassen von ihrer Übergewalt gegenüber den Vertretern des Proletariats zu machen gewohnt sind. Wenn heute die konservative Flagge die Ladung deckt, so hat es früher die nationale liberale getan.

Der jetzt für das Abgeordnetenhaus bestimmte Maulkorb ist auch im Reichstage schon in Gebrauch gewesen.

Der erste nationalliberale Präsident **Simon** hatte es an rigoroser Behandlung der Sozialdemokratie nicht fehlen lassen; er zog sich aber zurück, nachdem **Bebel** ihm wegen einer Verletzung der Geschäftsordnung eine böse Blamage bereitet hatte. Der zweite nationalliberale Präsident, **Fordckenbeck**, trat geradezu terroristisch gegen die Sozialdemokratie auf. Wie die Junker es heute auch tun, forderte **Fordckenbeck** Gesinnungsgenossen **Bamberger** die Sozialdemokratie zu „manierlichem Benehmen“ auf, derselbe **Bamberger**, der 1849 ausreißender Rebell war und dann nationalliberal wurde, um später wieder freisinnig zu werden.

Die sozialdemokratische Fraktion war unter dem Präsidium **Fordckenbeck** erst neun, dann zwölf und dann wieder neun Mann stark. Diese numerische Schwäche wurde von **Fordckenbeck** gründlich ausgenutzt. Es war der Fraktion schon schwer, einen selbständigen Antrag einzubringen, denn dazu waren 15 Unterschriften erforderlich, und die bürgerlichen Parteien suchten etwas darin, die fehlenden zu verweigern. Selbst beim großen Arbeiterfähigkeitsantrag konnten sie nur mit Mühe zusammengebracht werden, obwohl bald darauf alle Parteien in „Arbeiterchutz“ machten. Aus dem **Seniorenkonvent** waren die Sozialdemokraten ausgeschlossen; auch durchweg aus den Kommissionen; auch beim Sozialistengesetz wurde kein Sozialdemokrat zur Kommission zugelassen. Erst als die Fraktion 24 Mann stark geworden war, bequemte man sich, ihr auch die entsprechenden Sitze in den Kommissionen einzuräumen. Es sei übrigens nicht verschwiegen, daß es damals viele Parteigenossen gab, die wieder in dem Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in die Kommissionen ein zu weitgehendes Zugeständnis erblickten.

Die Rednerliste wurde von **Fordckenbeck** mit souveräner Willkür gehandhabt. Als die kleinste Fraktion kam die Sozialdemokratie stets zuletzt und sehr oft kam sie gar nicht dran. Es kam vor, daß sich Abgeordnete zehn- bis zwölftmal, ja noch öfter meldeten, bis sie endlich das Wort erhielten. So ging es unter anderem dem Abgeordneten **Mosé**, welcher sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet fühlte, sich im Reichstage einmal hören zu lassen. Er meldete sich mehrmals gleich beim Beginn der Sitzung — vergeblich! Da beschloß er, bei der Etatsberatung sich zu jedem Punkte zu melden. Mehrere Tage vergingen; **Mosé** bekam das Wort nicht. Da endlich ward ihm das Wort erteilt bei dem Punkt „Militärbadeanstalten“. Soweit trieb **Fordckenbeck** seine Bosheit.

Unter **Fordckenbeck** kam auch die berühmte Tätigkeit des Abgeordneten **Valentin** in Schwang, welche als „Valentinieren“ sprichwörtlich geworden ist. **Valentin**, Abgeordneter für Schwarzburg-Sondershausen, war eine politische Null, suchte sich aber in echt nationalliberaler Weise um das Vaterland verdient zu machen. Er ließ eine große Anzahl Formulare drucken des Inhalts: „Beantworte die Schlüsse der Debatte“ und stellte diese Formulare dem Präsidenten zur beliebigen Verfügung. So konnte dieser mit der damaligen 150 Mann starken nationalliberalen Fraktion nach Belieben die Debatte schließen. Man sah oft ein interessantes Würfelspiel zwischen dem Präsidenten und **Valentin**, wenn der letztere ungeduldig mahnte, das Fallbeil des Schlußantrages in Bewegung zu setzen. Hundertmal wurde den Sozialdemokraten so das Wort abgeschnitten. Indessen verfiel dieser **Valentin** der Lächerlichkeit, wozu ein von dem demokratischen Frankfurter Abgeordneten **Dr. Hölthof** in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlichtes und wichtiges Feuilleton nicht wenig bei-

trag, und in einer öffentlichen Versammlung zu Arnstadt wurde dem „Schlußmacher“ durch den Genossen **Bock** von Gotha eine schmähliche Niederlage bereitet, so daß er „wie abgedonnert“ dasaß!

Dieser vom Präsidenten **Fordckenbeck** ausgestrahlte „Geist“ ging auch teilweise auf das Beamtenpersonal im Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße über. Namentlich fand er eine geeignete Hülle in dem damals sehr bürokratisch auftretenden frommen Bureaudirektor **Rnack**, welcher tat, als hätte er den Abgeordneten Befehle zu erteilen. Während des Sozialistengesetzes wollte dieser „staatsverhaltende“ Beamte der sozialdemokratischen Fraktion, als sie eine außerordentliche Sitzung anberaumte, ein Zimmer dazu verweigern. Da kam er aber an den Urrechten bei dem damaligen Fraktionsvorsitzenden **Hafenreder**, der „sentimentalen Eiche“, wie er als echter Sohn Westfalens genannt wurde. **Rnack** wurde von **Hafenreder** dermaßen „angehaucht“, daß er völlig zusammenknackte und unter tausend Entschuldigungen sich beeilte, ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen.

Aber damit waren die Schikanen, die man der sozialdemokratischen Fraktion antat, noch nicht erschöpft. Den Sitzeln der politischen Polizei wurde das Reichstagsgebäude geöffnet. Nicht nur, daß jeder Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion seinen speziellen Spitzel hinter sich hatte, der ihn von morgens bis abends verfolgte, womit man die Verbindungen der Abgeordneten in Berlin ausfindig machen wollte — auch auf den Korridoren des Reichstagsgebäudes schlichen Spitzel umher und horchten an den Türen der Fraktions- und Sprechzimmer. Auch die Polen und die intransigenten Elsäßer wurden bespitzelt. Auf der Journalistentribüne hatte sich eine ganze Kolonie von Spitzeln eingenistet, die sich dort als „Journalisten“ ständig aufhielten. Der Abgeordnete **Liebke** machte diesem Unfug ein Ende, indem er in der Plenarsitzung darauf hinwies. Dies schlug wie eine Bombe ein und man sah, wie die aufgeschreckten Zwanzigjährigen-Jüngens ellig von der Journalistentribüne sich flüchteten. Man hörte den Zwischenruf: „Sie reiben aus!“, worauf **Liebke** erwiderte: „So haben sie immer noch mehr Scham, als diejenigen, die sie hergeschickt haben.“

Der Präsident **Levekov**, der von dieser Spitzelwirtschaft nichts wußte, war höchst empört und versprach in öffentlicher Sitzung, das Haus der Volksvertretung von den Spitzeln zu säubern, welches Versprechen er treulich gehalten hat.

Alles — alles schon dagewesen — und auch zur Zeit, da die Nationalliberalen Oberwasser hatten. Dieser sehr wenig ritterlichen Ausnutzung der Übermacht wird auf demselben Wege ein Ende gemacht werden, wie es seinerzeit im Reichstage geschah, durch die Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion. Das Volk wird sie für ihren schweren und tapferen Kampf auch dadurch belohnen, daß es ihr Verstärkung sendet. Dann kann der Fraktion nicht mehr so leicht ein Maulkorb vorgehängt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Hopfenblüten der Raab-Rede, mit der die letzte Sonnabend-Sitzung des Reichstages schloß, zeitigten am Montag eine die ganze Sitzung ausfüllende Fortsetzung der militär-politischen Generaldebatte, die sonst wohl schon tags zuvor zum Abschluß gelangt wäre. Wie es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anders sein konnte, nahm die Debatte verschiedenliche Züge an, die an die durch **Heinrich Heine** unsterblich gewordene Disputation von **Toledo** erinnern. **Herr Kopsch** vom Freisinn und **Herr Raab** von der Wirtschaftlichen Vereinigung waren die Hauptkämpfer in diesem Streit. Der Unterschied war, daß **Herr Raab** ziemlich einsam blieb, da — vielleicht in zarter Rücksicht auf die Großmütter oder Mütter ihrer Führer nicht einmal die konservative Partei ihm Sukkurs schickte — (der Reichsparteiler von **Derken** suchte den Unparteiischen zu mimem), während **Herr Kopsch** nicht nur von nationalliberaler Seite, sondern auch sogar von Zentrumsseite parlamentarische Hilfsstruppen erhielt. **Herr Gröber** sprach mit außerordentlicher Schärfe, die sehr bemerkt wurde, gegen den Antisemitismus, und sagte manches gute Wort über die Verwerflichkeit von **Rassenhaß** und **Ausnahmegesetz**. Hoffentlich handelt das Zentrum immer nach diesen Worten. Besonders stark ist diese unsere Hoffnung umso weniger, als das Zentrum schon in dieser Sitzung den Worten **Gröbers** die Tat der Ablehnung der fortschrittlichen Gleichberechtigung-Resolution folgen ließ. Für den wichtig sein sollenden antisemitischen Zusatzantrag, der die Resolution in ihr Gegenteil verkehrt, stimmten nur die Antisemiten der Reich-

tungen **Schack** und **Bruhn**; soviel wir gesehen, hat sich nicht ein einziger Konservativer dafür erhoben. Als sich wirtschaftliche Vereinigung und Reformpartei (zwei Mann stark) von ihren Sitzplätzen erhoben, ergab sich zufälligerweise die Figur eines nahezu gleichschenkligen Dreiecks, dessen Spitze in die ziemlich umfangreiche Gestalt des **Herrn Bruhn** auslief. Innerhalb und außerhalb des Hauses wurden interessante Betrachtungen darüber angestellt, ob der Herausgeber der „Wahrheit“ die für einen militärischen Vorgesetzten notwendige achtunggebietende Erscheinung besäße. — So ist der Kampf der Philosemiten und Antisemiten ausgegangen wie das **Hornberger Schießen**. Natürlich bleibt alles beim alten. Der alte **Herr von Derken** — ein gemütlicher, ein ganz klein wenig neuzeitlich angelaufener, persönlich allgemein beliebter Junker besseren Schlages — hat auf die Möglichkeit einer Art von Mittellinie zwischen den Gefühlen der **Raab** und der **Kopsch** hingewiesen; so etwa von 1950 an werden die Juden auch ohne vorausgegangene Laute die bisher vermehrte, achtunggebietende Erscheinung besäßen.

Selbstredend hatte **Genosse Schöpplin**, der es der **Toledaner Disputation** verdankte, als dritter Fraktionsredner in der militär-politischen Generaldebatte sprechen zu können, keine Veranlassung, in das steinerweichende Gesehne der reichen Nichtgetauften um die vorenthaltenen bunten Röcke mit **Epauletten** einzustimmen. Natürlich betonte unser Redner mit allem Nachdruck den Grundsatz verfassungsmäßiger Gleichberechtigung, legte aber den Nachdruck seiner Ausführungen nicht auf die seelischen **Epauletten**schmerzen, sondern auf die sehr realen Schmerzen, die mehrfachen Opfern des **Kasernendrills** bereitet werden. Dank der parlamentarischen, in erster Linie der sozialdemokratischen Kritik, haben die **Soldatenumgehungen** im allgemeinen abgenommen; aber wie wenig von ihrem völligen Verschwinden geredet werden kann, bewies **Genosse Schöpplin** in trefflichen Ausführungen an der Hand reichhaltigen Materials. Die Antwort des **Kriegsministers** bewegte sich in den ausgetretenen Gleisen des üblichen **Hurra-Tons**. — Am Dienstag kommen die Details der Militärverwaltung heran.

Über die Geschäftslage des Reichstags

plaudert eine Korrespondenz in der „Berliner Börsenztg.“; die Korrespondenz ist der Meinung, daß es gelingt, den Etat bis 1. April fertig zu stellen. Die Regierung hege den Wunsch, zwischen Ostern und Pfingsten die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung in Angriff zu nehmen:

„Es soll wenigstens der Versuch gemacht werden, diese Vorlage zu verabschieden; in parlamentarischen Kreisen steht man diesem Veruche sehr skeptisch gegenüber. Würde der Reichstag die Reichsversicherungsordnung gleich nach Ostern beraten, so würde die Strafprozessordnung ins Hintertreffen geraten. Bei der bisherigen Beratung der Strafprozessordnung haben sich so viele Differenzpunkte zwischen der Mehrheit des Reichstags und der Regierung gezeigt, daß die Verabschiedung dieser Vorlage mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. In eine Verabschiedung des **Schiffahrtsabgabengesetzes** glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht mehr, doch nimmt man mit großer Bestimmtheit an, daß die **elsaß-lothringischen Verfassungsgesetze** fertiggestellt werden können. Für die Abhaltung einer **Herbstsession** dürfte sich im Reichstag kaum eine Mehrheit finden.“

Fortschrittliche Aktionsprogramme.

Die „Freisinnige Zeitung“ kündigt an, daß der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei eine Kommission gewählt hat, die die Aufgabe hat, Sonderprogramme als Anhang zu dem allgemeinen Parteiprogramm auszuarbeiten. — Diese Sonderprogramme werden vermutlich gewisse aktuell politische Mindestforderungen enthalten sollen, auf die sich alle Glieder der neu geeinigten, aber in prinzipieller Beziehung noch recht weit auseinanderstrebenden Fortschrittspartei verpflichten können. Daneben wird man sicher versuchen, die Sonderprogramme so zu gestalten, daß sie den Anschluß an die Nationalliberalen erleichtern.

Vielleicht sehen diese Sonderprogramme gewisse grundsätzliche Forderungen, wie z. B. Einführung des Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten außer Kraft, damit wäre ja einem speziellen Wunsche der **Lübecker** sog. Liberalen entsprochen werden.

Zu die Brüche gegangen.

Die liberalen Einigungsverhandlungen für die **Provinz Pommern** sind gescheitert, weil sich die Nationalliberalen nicht mit den Fortschrittlichen über die Verteilung des **Felles des Bären** einigen konnten, der erst noch erlegt werden muß.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

In der Montags-Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Konservativen und dem Handelsminister Sydow. Der Konservative v. Arnim beschwerte sich, daß auch Handelskammern als korporative Mitglieder dem Hansabund beigetreten seien; er verlangte vom Minister, das zu verbieten. Als Sydow dieses Ansinnen mit der Motivierung ablehnte, der Hansabund verfolge wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Zwecke, nicht aber rein politische, erhob sich bei den Konservativen lebhafter Unwille, der in Protestrufen zum Ausdruck kam.

Am übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Geklägt wurde über die Überschwemmung des inländischen Marktes mit ausländischen Wertpapieren; ferner unternahm der nationalliberale Abg. Schröder einen Vorstoß gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine und gegen die angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen. Endlich kamen Klagen über Überlastung des Mittelstandes und schlechte Lage des Handwerks. Der Minister, der wiederholt in die Debatte eingriff, stellte die baldige Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Regelung der Pflichtfortbildungsschule in Aussicht. — Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt werden.

Das antimilitaristische Flugblatt.

Am Sonnabend früh 7 Uhr wurde das Mannheimer Gewerkschaftshaus von einem Aufgebot von Kriminalschulzienten umstellt. Um 9 Uhr trat aus Karlsruhe der Kriminalkommissar Klaußmann ein, um im Bureau des Verbandes der Heizer und Maschinisten nach dem antimilitaristischen Flugblatt zu hausfuchen, das um Weihnachten in verschiedene süddeutsche Kasernen eingeschmuggelt worden sein soll. Der Verbandsbeamte Ungericht-Mannheim und der Gauleiter Baus vom Maschinistenverbande in Mainz sollen „dringend verdächtig“ sein, das Flugblatt verbreitet zu haben. Verhör und Zeugenvernehmung dauerten von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Selbstverständlich verließ das hochnotpeinliche Verfahren vollständig ergebnislos, da Ungericht auf das Bestimmteste nachweisen konnte, mit der Sache nicht das Mindeste zu tun zu haben. Ein Telegramm, das Ungericht gegen Weihnachten an den Gauleiter in Mainz sandte, um Verbandsflugblätter zu erhalten, gab die Veranlassung zu der Hausfuchung, die auch in Mainz in der Wohnung des abwesenden Gauleiters vorgenommen wurde. Die Reichspost scheint der Behörde von dem „verdächtigen“ Depeschenwechsel Mitteilung gemacht zu haben. Außerdem soll Genosse Ungericht am 23. Dezember 1910 in Kanderndorf im Schwarzwalde gewesen sein. Auch die Unrichtigkeit dieser Behauptung konnte nachgewiesen werden. Beschlagnahmt wurde im Mannheimer Bureau eine Photographie Ungerichts, die dem Gewährsmann der Untersuchungsbehörde vorgelegt werden soll. Der dringende Wunsch Ungerichts, diesen Gewährsmann kennen zu lernen, wurde abgelehnt. Auch die Mainzer Aktion verlief natürlich ergebnislos.

Die ganze Komödie ist nur dadurch zu erklären, daß man gegenwärtig inmitten der Zeit der Karnevalscherze steht.

Handwerkerbund und Reichstagswahlen.

Am Sonntag tagte in Berlin die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Handwerker, die sich u. a. auch mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigte. Der Vorsitzende führte in seinem Referate „Das Handwerk und die nächsten Reichstagswahlen“ aus:

Wir sind national gesinnte Leute, wenn es auch nicht leicht ist, in heutiger Zeit seine nationale Gesinnung zu bewahren. Dem Beamten, der am ersten des Monats weiß, was er zu fordern hat, fällt es nicht schwer, seine nationale Gesinnung zu bekunden, wohl aber dem Handwerker, da die Parteien im Reichstage in erster Linie den Geldsack schützen und sich um die Interessen des Mittelstandes wenig kümmern. Dabei müssen wir uns zusammenschließen und fragen, wie die Reichstagskandidaten sich zu bestimmten Forderungen stellen. Von der Regierung haben wir bisher nur Brocken erhalten. Wir wollen die Entlohnung im Handwerk schützen, wir verlangen die Einführung des allgemeinen Befähigungsmaßweises, wir verlangen den Schutz der Bauforderungen. Man hat uns in der Presse den Vorwurf gemacht, wir seien eine konservativ-agrarische Gründung. Das ist eine haltlose Unterstellung. Wir unterstützen jeden Kandidaten, abgesehen von den Sozialdemokraten, der unsere Forderungen unterschreibt. Wir sind auch für die Erbschaftsteuer und verlangen dafür nur zum Ausgleich eine Kottierungsteuer, die auch das mobile Kapital trifft, die Leute, die ihr Geld auf der Englischen Bank haben. Hier unterscheiden wir uns von den Konservativen und dem Zentrum.

Bernünftiger denkende Handwerker müssen längst erkannt haben, daß ihre Interessen am wirksamsten nur von der Sozialdemokratie vertreten werden.

Das Polendementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine hiesige Zeitung meldet, daß Gegenstände zwischen dem Oberpräsidenten in Posen und der Staatsregierung, insbesondere die bisherige Nichtanwendung des Entzinsungsgesetzes in Verbindung mit dem Plane, in dem neuen Posener Schloß einen preussischen Prinzenhof halten zu lassen, die Entfernung des Oberpräsidenten aus Posen bedingten.

Diese Nachricht entbehrt jede Unterlage.

Zentrums-Krieg.

Der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff, der in der letzten Zeit nicht nur einen Rüssel seiner Fraktion, sondern auch ziemlich scharfe Angriffe der Zentrumspresse über sich ergehen lassen mußte, wird gegen das Hauptorgan der schlesischen Zentrums-partei, die „Schlesische Volkszeitung“, eine Beleidigungsklage anstrengen. „Es dürfte“, heißt das Blatt bekümmert, „wohl der erste Fall sein, in dem ein Zentrumsabgeordneter ein Zentrumsblatt seiner journalistischen Tätigkeit wegen verklagt.“

Das starke Deutschland.

Der serbische Kriegsminister soll dem deutschen Gesandten in Belgrad, von Reichenau, in der Skupstina vorgeworfen haben, er habe sich in der Vertretung von Interessen der Geschützfabrik Ehrhardt von Familien-Interessen leiten lassen. Die deutsche Regierung

hegt wegen des Zwischenfalles unverdächtigem Groß. Trotzdem der serbische Kriegsminister am Sonnabend in der Kammer eine lange Erklärung abgab, die einer dem- und wehmütigen Entschuldigung gleichkam, wird nach dem „Lokal-Anzeiger“ aus Belgrad mitgeteilt, von Reichenau sei noch unbefriedigt: entweder müsse der Kriegsminister ab-danken oder „vollständige Genugtuung“ geben. Ein serbischer Ministerrat unter Vorhitz des Königs brachte noch keine Lösung des welterschütternden Konflikts.

Es fehlte noch, daß das starke deutsche Reich mit der gepanzerten Faust drohte, um das kleine Serbien zu demütigen. Beleidigungen und brutale Nichtachtungen, die z. B. von Russland ausgehen, werden im Gegenzuge dazu gewohnheitsmäßig als besondere Kennzeichen russischer Freundschaft gewertet.

Inzwischen ist dem Verlangen des deutschen Gesandten in Belgrad, daß der serbische Kriegsminister seinen Abschied zu nehmen habe, Folge gegeben worden. Unsere an Erfolge so arme deutsche Diplomatie hat natürlich nicht den mindesten Anlaß, etwa mit diesem „Erfolge“ zu prunken; denn auf einen solch kleinen Staat einen Druck auszuüben, ist schließlich kein Kunststück. Ob Deutschland schließlich nicht wirtschaftliche Schädigungen erleidet, bleibt noch abzuwarten.

Es geht vorwärts!

Bei der gestrigen Reichstagswahl in Allenstein-Rüssel erhielten nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen: Rittergutsbesitzer Orłowski-Rugborn (Ztr.) 10 733, Pfarrer Barzewski (Pole) 6793, für Rechts-anwalt Haase (Soz.) 303 Stimmen. Eine Anzahl Bezirke steht noch aus, doch ist die Wahl des Schwarzen sicher.

Bei den Hottentottenwahlen stellte sich das Stimmenverhältnis folgendermaßen: Zentrum 12 944, Pole 5380, Nationalliberaler 3133 und Sozialdemokrat 76 Stimmen. Das Zentrum hat hier also auch einen Stimmenrückgang aufzuweisen, während Polen und Sozialdemokraten an Stimmen zugenommen haben.

Wenn man bedenkt, daß in diesem Kreise eine Agitation von uns nicht entfaltet werden konnte, dann muß man über unsere Zunahme außerordentlich erfreut sein. Es geht auch hier, wenn auch nur langsam, vorwärts!

Kränkungen.

In der serbischen Skupstina soll der Kriegsminister dem deutschen Gesandten v. Reichenau unterstellt haben, er habe sich bei der Vertretung der Ehrhardt'schen Interessen von Familieninteressen leiten lassen. Nach der „Röhmischen Zeitung“ liegt der Wortlaut der Beschuldigung der zuständigen Berliner Stelle noch nicht vor. „Wenn eine solche Kränkung des deutschen Gesandten ausgesprochen sein sollte, werde für eine nachdrückliche Remedur gesorgt werden.“

Abgelehnte „Liebesgaben“.

Seit mehr als hundert Jahren herrscht in Mainz wie in vielen anderen rheinischen Städten der Brauch, daß die Stadt zur Belohnung der katholischen und evangelischen Geistlichen einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mk. leistet. Auf Antrag des Genossen Ubelung beschloß die Stadtverordneten in Mainz, den Beitrag von jetzt ab abzusehnen.

Deutscher Sanjtag.

Nach Art des Bundes der Landwirte gedenkt auch der Hansabund mit einer Massenversammlung zu imponieren. Auf Montag den 12. Juni ist eine solche Tagung festgesetzt, die in Berlin stattfinden soll.

Zur Kandidatur Baffermann.

Die „Saarbrücker Neuesten Nachrichten“ teilen mit, daß die „Anregung zur Aufstellung einer freisinnigen Sonderkandidatur von der Zentralfleitung der Fortschrittspartei ausgegangen sei. Die nationalliberale Partei habe durch eine solche Kandidatur zu Kompensationen in anderen Wahlkreisen veranlaßt werden sollen. Der Führer der Saarbrücker Freisinnigen, dem die Kandidatur angetragen worden sei, habe sofort abgelehnt und erklärt, er freie sich über die Kandidatur Baffermann und sei entschlossen, in der Wahlagitation für sie einzutreten.

„Politischer Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung“.

Die Schatzmacher unter den Bergwerkskapitalisten lassen in der „Post“ wieder einen Schmerzschrei über die Sicherheitsmänner ertönen. Unter der Überschrift „Politischer Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung“ wird kritisiert, daß der Bergarbeiterverband an die Sicherheitsmänner ein Schriftchen verteilen ließ, das den Titel trägt: „Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner?“ und das den Sicherheitsmännern empfiehlt, möglichst im guten und ohne Erstattung von Anzeigen gegen Steiger und Arbeiter die Beseitigung von Mißständen zu bewirken. Dieser durchaus vernünftige Standpunkt, nun nicht an allen Ecken und Enden gleich mit Strafen dreinzufahren, sondern durch Belehrung und gute Ratschläge auf größere Beachtung der Sicherheitsvorschriften hinzuwirken, wird so ausgelegt, als verjuchte der Verband, die Steiger für die „sozialdemokratische Bewegung“ zu gewinnen. Statt daß die Einrichtung der Sicherheitsmänner verhöhrend wirke, werde sie hier der „sozialdemokratischen Machterweiterung“ dienstbar gemacht. — Es gehört die ganze Borniertheit der Bergherren dazu, selbst diese Maßnahme des Bergarbeiterverbandes zur Hege gegen die Arbeiter auszuschlachten.

Ein Fastnachtspaß.

In Groß-Raczki (Kassuben) veranstaltete ein polnischer Verein eine geschlossene Sitzung. Ein eifriger Genosse verlangte Zutritt; als man ihm die Tür wies, kletterte er durchs Fenster und löste die Versammlung auf. Auf eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde der Landrat Deaudiffin mit der Verantwortung beauftragt. Seine Antwort lautet, wie die „Gazeta Odsaska“ mitteilt:

Ihre Beschwerde vom 31. Dezember 1910 wurde mit zur Entscheidung überliefert; weil es sich hier um eine Beschwerde im Verwaltungswege gegen Gendarmen handelt. Ihrem Verlangen kann nicht entsprochen werden. Wenn Ihnen dies unangenehm ist, so stelle ich Ihnen anheim, in Zukunft dem Beamten

die Tür zu öffnen. Außerdem werden geschlossene Versammlungen weder bewacht noch aufgelöst.

Wir haben bekanntlich nach Meinung unserer Liberalen ein liberal gehandhabtes Reichsvereinsgesetz.

Bayerische Anarchisten-Angst.

Wie der Münchener Polizeibericht mittelt, wurden im Anschluß an die politische Aufhebung einer „Anarchistengruppe“ zwei Schweizer und vier Österreicher aus Bayern ausgewiesen.

Frankreich.

Die französische Kabinettskrisis. Das Kabinett Briand ist definitiv zurückgetreten. — Briand stellt in dem Schreiben an den Präsidenten, in dem er seinen Rücktritt anzeigt, fest, daß die republikanische Mehrheit der Kammer sich in zwei Gruppen gespalten habe. Gewisse Republikaner hätten gegen den Chef der Regierung eine sich unaufhörlich vergrößernde systematische Feindseligkeit gezeigt. Sein Appell zugunsten eines politischen Ausgleichs und der politischen Beruhigung wie zugunsten der Weiterführung des Werkes einer toleranten Verwirklichung der Schule, die jedem Glaubenden Gerechtigkeit widerfahren lasse, sei nicht verstanden oder entstellt worden. Die daraus gegen ihn hervorgegangene politische Feindschaft mache die Verwirklichung der geplanten Reformen, die das kühnste Programm bildeten, das dem Parlament vorgelegt worden sei, unmöglich. Unfruchtbare Arbeit inmitten von Fallstricken und Winkelzügen sei ihm zuwider. Die Politik des Kabinetts sei siegreich aus allen Zusammenstößen hervorgegangen, aber in seinen Händen sei sie gegenwärtig in Gefahr. Ein anderes Ministerium werde die notwendige Sammlung herbeiführen und das vom Kabinett Briand unternommene Werk in die Tat umsetzen können.

Nun hat den Renegaten, der sich so sicher auf seinem Präsidentenstuhl fühlte, also doch sein Schicksal ereilt. Die französische Arbeiterschaft wird ihm keine Träne nachweinen.

Als ernstlich in Frage kommender Nachfolger wird u. a. auch Millerand genannt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 28. Februar.

Der Aufruf zur Reichstagswahl. Die außerordentliche Generalversammlung unserer Wahlkreisorganisation, welche gestern Abend im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ tagte, erfreute sich eines außerordentlich starken Besuchs und gestaltete sich die Aufstellung unseres Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl zu einer machtvollen Kundgebung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl“ sprach unser Abgeordneter, der Genosse Theodor Schwarz. Er führte etwa folgendes aus:

An die Gewehre! so lautet heute der Schlachtruf bei allen politischen Parteien. Der gegenwärtige Reichstag wird sein natürliches Ende am 25. Januar 1912 erreichen. Es sind nun schon seit Monaten allerlei Vermutungen laut geworden, daß der Reichstag keines natürlichen Todes sterben wird. Allerlei ist schon über den Wahltermin gemunkelt worden. Heute so, morgen wieder anders. Man sollte gar nicht annehmen, daß eine solche Zerfahrenheit in einem konstitutionellen Staate möglich ist. Da der Termin noch ungewiß ist, muß jede Partei schon jetzt ihre Vorbereitungen treffen. Wenn die Regierung den Reichstag auflöst, so muß sie natürlich einen Grund dafür haben. Sie sucht dabei auch nach einer für sie günstigen Wahlparole. Jetzt hat die Regierung indes noch keine geeignete Parole, um einen geistigen Reichstag zusammen zu bringen. Seit einiger Zeit wird schon allerlei „vermutet“. Man schwagt wieder von einem Kriege mit England, was in der letzten Zeit immer als Grund zu unseren Flottenrüstungen herhalten mußte. Aber für einen Krieg mit Deutschland ist das englische Volk bestimmt nicht zu haben. Angesichts der kronprinzlichen Verfügungen in Indien, die jeden Tag das Verhältnis mit England als fester bezeichnen nehmen sich Kriegsgerüchte recht sonderbar aus. Bei Wahlen ist die Kriegsgefahr schon oft an die Wand gemalt worden. Ich will nur an den Boulanger-Schwindel von 1887 erinnern. Damals hatte man an allen Orten des Reiches bunte Wälder herausgehängt, auf denen die Franzosen unseren Bayern die letzte Kuh aus dem Stalle trieben. Das war der reine Schwindel. Aber auf Grund dieses Schwindels erhielten wir den Kartell-Reichstag, der die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre verlängerte. Man erinnere sich an den hiesigen „Generalanzeiger“ aus jener Zeit, der damals in Anlaß des Boulanger-Kummels den Beinamen „General Bumbum“ erhielt, weil er jeden Tag mit Kanonen nach Spanien schoß. Solche Mäßen ziehen heute nicht mehr. Nun haben auch die Liberalen Lübecks mobil gemacht. Einen eigentlichen Liberalismus haben wir in Lübeck freilich nicht mehr, der ist längst zu den Hunden entflohen. Was unter diesem Namen hier vorhanden ist, muß als Farce betrachtet werden. Der hiesige Liberalismus hat sich bekanntlich sogar gegen die Emanzipation der Frauen gewendet. Er hat — obwohl er die Gleichberechtigung der Frau im Munde führt — in der Bürgerschaft die Installation einer weiblichen Leiterin des Lehrerinnen-Seminars abgelehnt. In Wirklichkeit ist es aber Generalmajor a. D. Stern, der bei der liberalen Reichstagskandidatur die erste Geige hier spielt und den Ton angibt. Herr Klein ist nicht linksliberaler Kandidat, sondern er ist der Kandidat des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn Herr Klein liberal sein wollte, hätte er in jener Versammlung — am letzten Dienstag — als der General Stern austrat, dessen Hilfe weit von sich weisen sollen. Statt dessen führt Herr Klein dessen Befehle aus. Er und Herr Diestel gaben die Parole aus: „Das Vaterland über die Partei!“ Der letztere Redner sagte weiter: „Jede Partei müsse Prinzipien zurückstellen.“ Das läßt gewiß recht tief blicken. Vergebens sucht man in der Rede des Herrn Klein nach einem Protest gegen die Finanzreform von 1909; kein Wort über den Justizakt in Offen, kein Wort über die Heidentaten der Polizei in Moabit. Alles das hat Herr Klein verschwiegen müssen auf Befehl des Reichsverbandesgenerals. Obwohl die Bevölkerung gerade durch die Finanzreform außerordentlich geschädigt worden ist. Die Rede des Herrn Klein ist das Glaubensbekenntnis eines latten Wahlbürgers, gespickt mit allerlei Mäßen. Das Eintreten der Wahlbewegung in die Dreiecklinie — wie Herr Klein geschmackvoll bemerkte — ist ein Werk seines Verbündeten, des Reichsverbandes. Es ist ja auch nicht angenehm, in dieser Dreiecklinie zu stehen. Herr Klein meinte, nun sei er aber gerufen worden, und um nicht den Wahlkreis zu gefährden, habe er angenommen. Erst sollte Herr Behling aufgestellt werden, dann Dr. Götz, dann ein Kaufmann oder ein kleiner Fabrikant oder gar ein Handwerksmeister. Aber die Sache hatte jedenfalls ihre Bedeutung.

Ein Geschäftsmann kann sich nicht halten bei der heutigen
Diätenzahlung des Reichstages. Sein Geschäft leidet sicher
durch die Abgeordnetentätigkeit, die dessen Anwesenheit in
Berlin erfordert. Die Parteien wollen ihre Mitglieder gern
pollächlich beisammen haben, jetzt wo alle Augenblicke nam-
mentliche Abstimmungen stattfinden. Ein Handwerksmeister
oder Kaufmann müßte von den bürgerlichen Parteien ent-
schädigt werden. Ganz anders liegen die Dinge bei Herrn
Postsekretär Klein. Nach § 21 der Verfassung kostet dieser
den Parteien kein Geld. Herr Klein ist Reichsbeamter. Sein
Gehalt geht fort, wenn er in Berlin ist. Und da brauchen
die bürgerlichen Parteien nicht zu zahlen. Herr Klein hat
weiter erklärt, wenn in Lübeck nicht eine geschlossene Wahlung
gegen die Sozialdemokratie steht, wolle er nicht als Kandidat
aufgestellt sein. Aber in der bürgerlichen Wahlung fehlen
noch die Landwirtschaftler und fehlt auch n. o. ch. das Zen-
trum. Die ganze Rede des Herrn Klein besteht
aus Phrasen und nichts als Phrasen. Als beson-
ders bezeichnend ist hervorzuheben, daß Herr Klein
auf republikanischen Boden, auf dem demokratische
Staatsrichtungen schon vor Jahrhunderten bestanden
haben, ein Loblied auf die Familie Hohenzollern gesungen
hat. Noch nie habe ich die demokratische Republik Lübeck in
einer Wahlversammlung so angegriffen. Es ist ja auch nicht
anders zu verlangen. Herr Klein ist ja auch kein Lübecker
und deshalb kann er eben nicht als Lübecker fühlen. Wahr-
scheinlich hat Herr Generalmajor v. Stern diese Rede vorher
erst auf Herz und Nieren geprüft. Auch was Herr Klein
über unsere Partei verzapft hat, ist unsinnig. Wer sich mit
sozialistischer Theorie beschäftigt, weiß, daß Lassalles ehernes
Brotgesetz für uns nur noch historischen Wert hat. Es paßt
natürlich dem Herrn nicht in den Kram, daß wir unsere
Prinzipien nicht alle Jahre ändern, und daß unser Pro-
gramm überall im Reiche gilt, was bei den Fortschrittlern —
wie Lübeck zeigt — nicht der Fall ist. Hierauf ging Redner
auf die innere Reichspolitik, besonders auf die Frau Wilow, ein.
Den Jütischen Wilow stellte man s. Bt. neben den Heros des
19. Jahrhunderts, neben Bismarck. Ich habe alle Reden
Wilows im Reichstage gehört, aber gefunden, daß er durch-
aus kein großer Staatsmann gewesen ist. Er tänzelte immer
auf der mittleren Linie herum. Bald tat er mit den Kon-
servativen schön, bald mit dem Freisinn. Die äußere Politik
war während seiner Zeit höchst unfruchtbar. Die Marokko-
frage ist heute noch nicht erledigt. Und in Algerien holte
sich die deutsche Diplomatie eine furchtbare Blamage. Das-
selbe geschah im Innern. Was es vielleicht eine politisch
kluge Handlung, 1906 wegen lumpigen 9 Millionen das Zen-
trum so vor den Kopf zu stoßen, wie es Wilow getan hat?
Redner beleuchtete hierauf die Vorgänge von damals im all-
gemeinen und den Zustand von Südwestafrika im besonderen.
Es war damals als der Luftdruck ausbrach die Pflicht der
Regierung, den Reichstag zusammen zu rufen, und die Mittel
für die Expedition bewilligen zu lassen. Man hat dies aber
umgangen durch die forcierten „freiwilligen Meldungen“ nach
Südwestafrika. Heute liegen uns die Teilnehmer an der
Expedition, die geglaubt haben, es handele sich bei den
Kämpfen der Pottentotten um ihre Existenz, für die deut-
schen Soldaten um einen harmlosen Ausflug nach Afrika, in
der Petitionskommission fortwährend in den Ohren, weil
sie keine Invalidenunterstützung erhalten. Die Sozialdemo-
kraten haben die 29 Millionen damals ganz abgeholt. Das
Zentrum hat nur 9 Millionen gestrichen. Und deswegen er-
folgte die Reichstagsauflösung. Deshalb erlebte Wilow den
Silvesterbrief an den Reichstags-Vorstand, ihm gegen Sozial-
demokratie und Zentrum zu helfen. Nun kamen die neuen
Männer in den Reichstag. Dem Zentrum hatte der Kanzler
gar keinen Abbruch getan. Das Zentrum kam in alter
Stärke zurück. Wilow sah, daß die Geschichte nicht geklappt
hatte. Er wandte sich nun nicht gegen das Zentrum sondern
gegen uns Sozialdemokraten. Seine Reden sind fast aus-
schließlich gegen uns gerichtet. Redner bespricht dann die
kleine Finanzreform Stengels und den 400-Millionen-Raub-
zug, und erwähnt auch die Novemberstürme von 1908, in
denen das persönliche Regiment schwere Wunden davontrug
und aus denen das Zentrum's Wilhelm's mit Wilow resul-
tierte. Auch die Zertrümmerung des Pottentottenblocks
wurde nochmals beleuchtet. — Wenn nun die Gesundung der
Reichsfinanzen durch den 500-Millionen-Raubzug behauptet
wird, so ist dies, wie wir vorher sagten, nicht eingetroffen.
Wir stehen schon jetzt wieder vor einer neuen Reichsfinanz-
reform. Natürlich wird man sich hüten,
diese jetzt vor den Wahlen einzubringen.
Das hebt man bis nach den Wahlen auf. Das Zentrum
wird auch aus den nächsten Reichstagswahlen wahrscheinlich
ungeschwächt hervorgehen. Zahlreiche katholische Arbeiter
sind eben noch so dumm, ihre Messer selber zu wäh-
len. Das liegt nicht so sehr an den Männern, sondern vor
allem an den Frauen. Wenn sie auch noch so elend leben,
durch die Pfaffen und die Kapläne werden sie bearbeitet.
Ich wollte, unsere Frauen peitschten ihre Männer so zur
Wahlurne, wie das die katholischen und polnischen Frauen
tun. Hierauf erörtert Redner die schwebenden Gesetzesvor-
lagen. Zuerst die Reichsversicherungsordnung, die über 2000
Paragraphen umfaßt. Da ist die Kommission schon seit
vorigem Sommer und brütet über das Ei der Reichsverste-
rungsordnung, die ganz undenkbar von diesem Reichstage
erledigt werden wird. Das gleiche gilt vom Arbeitskam-
mergesetz, vom Kuppelungsgesetz und vom Gerichtsver-
fassungsgesetz. Auch diese werden zum Teil unerledigt blei-
ben. In der Petitionskommission haben wir 100 Berichte
fertiggestellt, die alle noch nicht erledigt sind. Die Presse
hat recht. Es werden jetzt tatsächlich im Reichstage endlose
Reden zum Fenster hinausgeschleudert, aber die längsten von
den bürgerlichen Parteien, vor allem vom Zentrum's Heros
Matthias Erzberger. Das ist ganz natürlich. Das sind
Wahlvorbereitungen. Früher wurde der Reichstag schon im
Oktober einberufen. Wegen den Diäten beruft man jetzt
den Reichstag so spät ein. Daraus folgert, daß eben die
meisten Gesetzesvorlagen nicht aufgearbeitet werden können.
Sodann bespricht Redner die gegenwärtige politische Lage.
Man bereitet zu Wahlzwecken eine Englandbege-
hung vor, obwohl in Wirklichkeit überall Ruhe herrscht.
Wenn natürlich die horrenden Flottenrüstungen so
unferlos fortgesetzt werden, muß das befremdend auf Eng-
land wirken. Die ganze Flottenrüstung hat ja einen kapita-
listischen Hintergrund. Wenn keine Kriegsschiffe gebaut wer-
den, können die Panzerplattenfabrikanten eben keine so hohen
Profite wie bisher einsacken. Zu diesem Zwecke wurde ja
auch der Kolonial- und Bankensich Dornburg eingesetzt, der
den Diamantenrummel machte. Die Diamanten sind durch
Dünenwanderung von Süd- nach Südwestafrika hinüberge-
kommen. Heute ist die Diamantenherlichkeit und auch Dorn-
burg ins Meer der Vergessenheit gesunken. Die Interessenten
wären froh, wenn sie ihre Gelder für die Diamantenwerte
zurück bekommen würden. Redner zerstückelt dann ein-
gehend den Reichs-Stat. der unseren Lesern schon bekannt
ist. Wer nicht in der Budgetkommission sitzt, kann sich
schwerlich einen Begriff von der Verwicklung im Stat
machen. 18756 Mk. Ausgaben für einen Major müssen in
8 Kapiteln zusammengeführt werden. Das nennt man knif-
felig. Für Militär und Marine sind 1780 Millionen Aus-
gabe zu verzeichnen. Von den Bruttoeinnahmen bleiben
danach 1100 Millionen für Kulturzwecke übrig. 98,3 Pro-
zent gibt das Reich von seinen Nettoein-
nahmen für militärische Zwecke aus. Das ist

ein unhaltbarer Zustand. Redner behandelt dann ausführ-
lich die deutsche Anleihe- und Schuldenwirtschaft. Die
Tatsache ist unbestritten, daß der neue Reichsanleger nicht
der Mann ist, das Volk von dieser Last zu befreien. Er
vergrößert die Bürde. Ein Schwächer wie Wilow ist er
nicht. Aber etwas mehr sollte er aus sich herausgehen
um dem deutschen Volke reinen Wein einzuschmecken.
Bethmann-Hollweg gibt sich alle erdenkliche Mühe
die bürgerlichen Parteien für den Wahlkampf zusammen zu
schmelzen. Aber „seine Kreise werden immer gestört.“ Der
ungetrübte König von Preußen, Herr v. Hegelbrand und der
Lafle, spuckt dem Reichsanleger bei diesen Bemühungen immer
wieder in die Suppe. Hegelbrands Politik geht dahin, die
deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten, sie zu Aufständen zu
treiben und zu pöbeln zu veranlassen. Aber vor dieser
Politik graut dem Reichsanleger. Er mag auch tun was er
will, die Sozialdemokratie bekommt er nicht mehr unter. Die
ist ihm über den Kopf gewachsen. Wenn einst (1890) das
kleine Häuflein der Sozialdemokraten das Schandgesetz nie-
derrannte, so würde heute von unserer Millionärpartei jedes
Ausnahmengesetz bezwungen. Bethmann-Hollweg will uns
nun die Waffen aus der Hand schlagen, die uns die Macht
verleihen. Er propagiert den Kampf gegen unsere Presse,
gegen die Konsumvereine, gegen die Gewerkschaften, zum
Teil durch die unerledigten Gesetze. Diese bekommen die
Herren aber bis zum Ende dieses Reichstages nicht mehr
fertig. Dafür werden wir sorgen. Ungefährlich dieser Machts-
schaften müssen die Arbeiter auf der Hut sein. Tua res
agitur. Es ist Deine Sache, rufe ich Dir zu, Lübecker Ar-
beiter. Es ist Eure Sache, Ihr Gewerkschaftler, um die es
sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl handelt. Wehrt
Euch Eurer Haut. Tut Eurer Pflicht und bahnt den Sozial-
demokraten den Sieg. (Stürmischer Beifall.)
Hierauf wurde Genosse Theodor Schwarz einstimmig
wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. Er nahm
die Kandidatur an und dankte für das Ver-
trauen, das die hiesige Arbeiterschaft ihm
schenkt.
Im dritten Punkt der Tagesordnung „Wahlvor-
bereitungen“ wurde über die zur Förderung der Organisa-
tion und Agitation zu unternehmenden Schritte beraten,
was eine längere Debatte hervorrief an der sich eine größere
Anzahl von Genossen beteiligten. Hierauf wurde beschlossen,
wie in früheren Wahlkämpfen auch diesmal Sammelbriefe
heranzugeben, um durch diese einen Teil der Wahlkosten
aufzubringen. Gegen Mitternacht schloß der Vorhänge Ge-
nosse Löw die imposante Versammlung, die zu den
schönsten Hoffnungen für die Reichstagswahl berechtigte.
Schwindel. Besonders in der Wahlbewegung wird von
unsern Gegnern oft damit operiert, daß dieser oder jener
Sozialdemokrat oder Arbeiter einmal irgendwo Unter-
schlagungen oder ähnlichen Vertrauensmißbrauch begangen
habe. Man sucht auf diese Weise den Anschein zu erwecken,
als ob viele leitende Personen der Arbeiterschaft Diebe und
Beträger seien, in der Hoffnung, daß auf diese Weise
politische Kinder und Einfaltspinsel einen Abscheu vor
der Sozialdemokratie erhalten. Daß solche Meldungen
von angeblichen Unterschlagungen sozialdemokratischer Ge-
schäftsführer meistens plumper Schwindel sind, dafür
liefern die „Lübeckischen Anzeigen“ in ihrer Sonn-
abend-Abendausgabe wieder einmal den schlagendsten Be-
weis. Unter Rosstock war dort folgende Notiz abge-
druckt:
Flüchtiger Geschäftsführer. Das „Mecklg.
Tagebl.“ schreibt: Nach hier unläufigen Gerüchten soll
der Geschäftsführer des hiesigen sozialdemokra-
tischen Konsumvereins, Bugdahn, flüchtig ge-
worden sein. Man spricht von einem Fehlbetrag von
80 000 Mk.
Diese Nachricht ist nichts wie eitel Schwindel
und Ehrabschneiderei, an der kein wahres Wort ist.
Man merkt aber die Absicht unserer Gegner, wenn man in
Betracht zieht, daß sie von einem sozialdemokrati-
schen Konsumverein fasseln, obwohl sie genau wissen, daß
Konsumvereine überhaupt nichts mit Parteipolitik zu tun
haben und zu tun haben dürfen. Es liegt eben System in
dieser Ehrabschneiderei, wie sie unsere Gegner betreiben.
h. Schöffengericht. Auserkürte Beamtentätigkeit führte
im vorigen Monat zu einem Zusammenstoß zwischen einem
Lübecker Bürger und Schulleuten. Der Rostschmied J.
kam am 23. Januar mit seiner Frau und mehreren Kollegen
gegen 1/6 Uhr morgens nach einem Balle die Mengstraße
hoch. In der breiten Straße erklärte der Angeklagte seinen
Begleitern an einer Straßentlaternen ein früheres
Ereignis. Auf der anderen Seite kam ein Schutzmann her-
angelaufen, der annahm, daß auf ihn Stichetreden ge-
halten wurden. Er trat auf die Leute zu und sagte in bar-
barem Tone zu dem Angeklagten, er solle das Anfasseln der
Laternen unterlassen; in übrigen rieche er nach Spirit und
habe hier nichts zu suchen. Auf die Eingebung des J., der
Schutzmann habe das, was er getrunken nicht bezahlt, es
ginge ihn nichts an, als Lübecker Bürger könne er die Laterne
anfassen so viel er wolle, packte der Schutzmann den Angeklagten,
warf ihn zur Erde und drückte ihn nieder. Dies wieder-
holte sich, trotzdem J. sich freiwillig erhob, mit zur Wache
zu gehen. Auf der Wache ist J. dann nach seiner Angabe
niederträchtig verhalten worden — die Zeugen hörten
draußen die Hilferufe — und seine Frau stieg auf die Straße.
Der Angeklagte gibt zu, dem Schutzmann 126 zugerufen zu
haben: Sie Lämmel sollten sich schämen, einen Familien-
vater zu schlagen. Den Schutzmann habe er auf der Straße
nicht ins Gesicht geschlagen, daß er blutete und
der Helm vom Kopfe flog. Die drei Zeugen be-
kunden fast übereinstimmend, der Schutzmann habe den
Angeklagten hingeworfen und sei auf ihm gekniet. Ganz be-
stimmt will ein Zeuge gesehen haben, wie der Schutzmann
den Angeklagten bei der Gurgel gepackt und ihm Krallen
und Krawatte abgerissen habe. Auf dieses Argument er-
widert der Schutzmann, der Angeklagte habe dies wohl selbst
getan. Die Schulleute bestreiten jede Mißhandlung, sie
hätten J. nur zur Wache geschleppt, weil er sich
widerstehlich habe. Von der Prügelei auf der Wache
wissen die beiden Beamten nichts, sie wollen ihn nur an den
Armen gepackt und auf die Bank niedergedrückt haben, weil
J. sich weigerte zu sitzen und zugerufen habe: Ihr Lämmel,
ich werde euch schon kriegen. Der Anwalt vertrat die An-
sicht, die geleisteten Taten der Schulleute müßten höher
bewertet werden als die der drei Zeugen, die das Gegenteil
von dem behaupteten, was die Schulleute aussagten. Er
beantragte wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt
sechs Wochen wegen Beleidigung zwei Wochen und
wegen Sachbeschädigung (durch das Schütteln der
Laternen entstand ein Schaden im Betrage von
1.45 Mark) ebenfalls zwei Wochen Gefängnis.
Rechtsanwalt Dr. Wittern vertrat den Angeklagten wir-
kungsvoll und hob hervor, daß aus einem ganz harmlosen
Anlaß durch den Überreiz der Beamten großes Unrecht ge-
macht worden sei. Eine unerhörte Vergewaltigung sei in
einem Wehrlosen begangen worden. Der Jurist Lämmel sei in
der Notwehr begangen und in der Lage, in der sich J. be-
funden habe, zu verstehen. Er plädierte auf Freisprechung
oder höchstens auf eine kleine Geldstrafe. Das Gericht sprach
den Angeklagten von der Sachbeschädigung frei, verurteilte
ihn aber wegen Widerstandes zu 60 Mk. und wegen Be-
leidigung zu 20 Mk. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis

und in die Kosten des Verfahrens. Es nahm mildernde Um-
stände an, weil die Beamten aus einer geringfügigen Ursache
heraus mit einer Schärfe und Raueheit vorgegangen seien,
zu der keine Veranlassung vorgelegen habe.
Der Maskenball des Gesangsvereins „Entsch.“ hatte
am Sonntagabend eine so zahlreiche Teilnehmerzahl nach
dem Gewerkschaftshaus gelockt, daß die meisten Räume kaum
insuffizient waren, allen Gästen Unterkunft zu gewähren. Froh-
sinn und Humor führten das Gepter in dem karnevalistischen
Treiben, das sich schon in den frühen Abendstunden ent-
wickelte. In dem bunten Gewirr der Masken vergaß man
leicht die Sorgen und Beschwerden des Alltagslebens.
Um 8 Uhr formierte sich der mehr als 800 zum Teil sehr
hübsche Masken zählende Zug und setzte sich in Bewegung,
um die ulkige und satirische Rede des Prinzen Karneval ent-
gegenzunehmen. Man weiß ja, heutzutage reben manche
Prinzen mehr als gut ist. Prinz Karneval ist eben auch
Prinz und weshalb sollte er die Gepflogenheiten seiner
Standesgenossen nicht mitmachen? Dann spielte die Musik
zum Tanz und lustig drehten sich die Paare und Mädchen,
so gut es ihnen die drangvoll fürchterliche Enge gestattete.
Die Stunden verrieten im Fluge und der junge Tag graute
bereits, als die letzten Festteilnehmer das Lokal verließen.
ph. Wer ist der Eigentümer? Am Montag, den
27. d. Mts., wurden hinter dem früheren, zum alten Bah-
hof gehörigen Postkutschuppen, unter einer Bretterbude, folgende,
zweifelslos aus einem Diebstahl herrührende Gegenstände ge-
funden: 24 um den Hals zu tragende Damen-Uhrketten aus
gelbem Metall, aneinander Dublegold, 20 eben solche
Damen-Halsketten und 8 Kettenarmbänder aus weißem
Metall. Sämtliche Ketten sind neu und befinden sich auf
einem Karton, der die Aufschrift „Nouveaute“ trägt. Die
Gegenstände befinden sich im Bureau der Kriminal-Polizei,
Schüsselbuden 16, 1. Et.
pb. Diebstahl. In der Nacht vom 24. bis 25. ds. Mts.
sind von einem an der Kalfenstraße belegenen Lagerplatz
10 leere, alte Ölfässer abhanden gekommen und vermutlich
gestohlen worden. — Am Sonntag, den 26. ds. Mts. ist in
der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags aus dem Umkleide-
raum auf dem Sportplatz des Lübecker Ballspielklubs eine
Nickel-Herren-Remonteuruhr abhanden gekommen und ver-
mutlich gestohlen worden. Die Uhr trägt die Fabriknummer
5454 und die Marke: „Venus“. An der Uhr bestand sich
eine einfache Nickelkette mit Anhängsel.
Vortrag von Reinhold Gerling. Am Mittwoch und
Donnerstag finden im großen Saale der Zentralhallen,
Danfwardstraße, zwei Vorträge von Herrn Reinhold Ger-
ling, Berlin, statt. Der hohe stilkische Ernst, der die Chevor-
träge Gerlings durchweht, wird sicherlich auch hier in Lübeck
die Anerkennung finden, die ihm in den beiden letzten Wochen
in Hamburg, wo er 6 Vorträge über das gleiche Thema
hielt, in großem Maße zuteil wurde. Es ist ratsam, die
Karten im Vorverkauf an den Vorverkaufsstellen in der
Buchhandlung Wellandt, Königstraße, und in der Zigarren-
handlung von Nagel am Markt zu entnehmen. Beginn der
Vorträge abends 8 1/2 Uhr. Bemerk sei noch, daß der erste
Vortrag, Mittwoch, den 1. März, nur für Damen ist, der
zweite am Donnerstag nur für Herren, in beiden Vorträgen
werden die Ausführungen durch Lichtbilder unterstützt.
Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen,
Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen die
reizvolle Operette „Die Fledermaus“ von Johann
Strauß zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag
kommt W. Shakespeares Schauspiel „Ein Winter-
märchen“ mit der Musik von Flotow zur Wiederholung. —
Sonntag, den 5. März, findet das letzte Gastspiel der Hof-
opernsängerin Lily Perking als „Mignon“ in der
gleichnamigen Oper von Thomas bei gewöhnlichen Opern-
preisen statt.
e. Stokelsdorf. Unser freie Jugend hielt am
letzten Sonntag einen Unterhaltungsabend im Gesellschaf-
thaus F. L. Baetau-Jackenburg ab, der sich äußerst inter-
essant gestaltete. Hübsche Vorträge, Gesang und turnerische
Auführungen hielten die Teilnehmer bis zum Schluß in
fröhlicher Stimmung. Der Besuch war ein sehr guter zu
nennen, auch war die Lübecker freie Jugend zahlreich er-
schienen; hoffentlich treten die noch fernstehenden jungen
Leute der freien Jugend bei — Eine Parteiver-
sammlung findet am Dienstagabend bei Baetau statt,
wozu sämtliche Genossen und Genossinnen erscheinen
müssen.
Hamburg. Ein Vollschiß in der Nordsee
gesunken? Im „Freundenblatt“ lesen wir: Am Sonn-
abend morgen meldete ein in Cuxhaven ankommender
Dampfer, daß bei Haaks Feuerschiß ein großes Vollschiß ge-
sunken sei. Näheres konnte nicht angegeben werden. Im
weiteren Verlauf des Sonnabends lief dann der englische
Schleppdampfer „Triton“ ein, der meldete, daß er am Sonn-
abend zirka 40 Seemeilen von Texel infolge Bruchs der
Schlepptrasse das von ihm nach der Etbe geschleppte italie-
nische Vollschiß „Caterina F.“ verloren und es nicht
wieder aufzufinden vermocht habe. Da Zeit und Ort stimmen
konnten, brachte man dieses vertriebene italienische Vollschiß
mit dem gesunkenen in Verbindung. Der englische
Schleppdampfer lief Sonntag früh noch einmal wieder aus
und hat das Vollschiß „Caterina F.“ unter vollen Segeln in
der Nordsee wieder angetroffen, wohlbehalten auf der hiesigen
Reede eingebracht und die Fahrt nach Hamburg fortgesetzt.
Es fehlt also vorläufig noch jeder Anhalt von dem ge-
sunkenen Vollschiß.
Vergedorf. Die Flamme von Neuenharnre
wird in den ersten Tagen dieser Woche wieder angezündet
werden. Da der Druck des Gases noch immer ganz gewaltig
ist, befürchtet man, daß über kurz oder lang der Verschluß
der Gasquelle dem Druck des abgesperrten Gases weichen
könnte. Um durch das Entzünden der Gase den Verschluß
auf dem Kirchwärders Landweg nicht wieder zu hemmen, soll
das Gas durch die großen Stahlrohre von der Straße ab
westwärts querfeldein geleitet werden. Wie weiter bestimmt
verlautet, soll in absehbarer Zeit die große Gasquelle nutz-
bar gemacht werden. Mit einer Firma sollen schon nähere
Unterhandlungen gepflogen sein. Wenn sich nach Entzündung
der Gase herausstellt, daß das Gas mit unverminderter
Kraft aus der Erde herausströmt, dann dürften die Verhand-
lungen zum Abschluß gebracht werden.
Cuxhaven. Der Fischdampfer „Senator
Straß“ ist bisher von seiner letzten Fischreise nicht zurück-
gekehrt, so daß man hier ernstlich befürchtet, daß er mit der
gesamten Besatzung während der letzten Stürme in der
Nordsee untergegangen ist.
Quittung.
Für den Wahlfonds gingen ein:
Von Arbeitern in Oberbüßau 5,90 Mk.
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig,
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings
Berleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Rote
Rabattmarken.

Extra-Angebote

ganz besonders in

Rote
Rabattmarken.

Konfirmanden-Schuhwaren

Damen

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Chromleder mit Lackkappen, Derby, schlank und amerikanische Formen **5⁵⁰**

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Box, Chevreau u. Chromleder, amerikanische u. englische Absätze, Derby und Lackkappen 8⁹⁰ 7⁵⁰ 6⁹⁰ **6⁵⁰**

Konfirmantinnen-Schnürstiefel
Goodyear-Welt mit und ohne Lackkappen, breite Bänder, große Ösen, Derby etc., in verschiedenen Ledern und Formen 18⁰⁰ 16⁵⁰ 14⁷⁵ 12⁷⁵ **10⁷⁵**

Herren

Konfirmanden-Schnürstiefel
Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel, Wicksleder 5⁰⁰ **4⁷⁵**

Konfirmanden-Schnürstiefel
spitze u. breite Formen, verschiedene Leder-sorten, auch Lackkappen 8⁹⁰ 7⁷⁵ 6⁹⁰ **5⁹⁰**

Konfirmanden-Schnürstiefel
mit u. ohne Lackkappen, Derby, verschiedene Leder vom besten bis zum einfachsten 18⁰⁰ 16⁵⁰ 14⁷⁵ 12⁷⁵ 10⁷⁵ **9⁷⁵**

Kinder

Rossleder Schnür- und Knopfstiefel
stark genagelt
22/24 25/26 27/30 31/35
2⁰⁰ 2⁵⁰ 3⁰⁰ 3⁷⁵
Ia. **2.75 3.25 4.00 4.50**

Rindbox-Schnürstiefel
22/24 25/26 27/30 31/35
3⁰⁰ 3²⁵ 4⁴⁰ 4⁹⁰

Boxkalf-Schnürstiefel
22/24 25/26 27/30 31/35
3⁵⁰ 3⁹⁰ 5²⁵ 5⁹⁰
Ia. **4.00 4.50 6.00 6.75**

Damen-Plüsch-Pantoffeln mit Ledersohle **1²⁵ 95⁸**

Damen-Leder-Pantoffeln genähte u. stark genagelt **2⁰⁰ 1⁸⁰**

Arbeitsschuhe zum Schnüren und auch Schnallen 6⁷⁵ 5⁵⁰ **3⁹⁰**

Schaftstiefel 12⁵⁰ 11⁵⁰ 9⁵⁰ 8⁹⁰ **7⁵⁰**

Schwartauer
Allee, Ecke
Geverdesstr.

W. Blumenthal

Kohlmarkt,
Ecke
Sandstrasse.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blatkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Große öffentliche Versammlung für alle Hausangestellten Lübecks

am Donnerstag, 2. März 1911, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Der Dienstmädchen Freuden u. Leiden.

Referentin: Frau L. Baumann, Altona.
Zahlreichen Besuch erwartet die Einberuferin.

Gesellschaftshaus Lindenhof, Israelsdorf.

Morgen Mittwoch, den 1. März 1911: Gr. Einweihungs-Ball.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Hierzu ladet freundlichst ein Th. Bordier.
Straßenbahnverbindung bis nach Schluß des Festes.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

Wintervergnügen verbunden mit Kappenfest

am Mittwoch, dem 1. März 1911
im Lokale des Herrn H. Ohde,
Gesellschaftshaus Monopol, 25 Johannisstraße 25.
Anfang 8 Uhr. Herrenkarte 60 Pfg. Gabe morgens.
Das Komitee.
Unsere Mitglieder-Versammlung findet Mittwoch, den 8. März, statt.
Der Vorstand.

Reinh. Gerling.

Lichtbilder-Vortrag

Irrungen und Höhen

im

Liebesleben

Zentral-Hallen

Dankwagsgrube.

Eintrittskarten zu 2 Mk., 1 Mk. und 50 Pfg. im Vorverkauf bei Herren G. Weiland, Königstraße 70/72, und Fr. Nagel, Markt 14, sowie an der Abendkasse.

Mittwoch, den 1. März, abends 8^{1/2} Uhr,
nur für Damen.
Donnerstag, den 2. März, abends 8^{1/2} Uhr,
nur für Herren.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J.H. Stooß, Engelsgrube.

Geschäftstüchtiger und
Kaufmannsarbeiter!

Sektions-Versammlung
heute Dienstag
abends 8^{1/2} Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Zageordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
Jeder Kollege muß erscheinen.
Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 1. März 1911
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
22. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Otto Pannier (Fagott).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Prometheus“
L. van Beethoven.
Siegfrieds Rheinfahrt R. Wagner.
Ouverture zu „Glöckchen des Ere-
miten“ A. Maillart.
Potpourri aus „Die Dollarprinzessin“
L. Fall.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 1. März. Abds. 8 Uhr.
Außer Abonnement.

Bei kleinen Preisen! Die Fledermaus.

Operette von Joh. Strauß.
Donnerstag, 2. März. 7^{1/2} Uhr.
Ein Wintermärchen
Schauspiel von Shakespeare.
Musik von Friedr. von Flotow.
Vorläufige Anzeige.

Sonntag, 5. März. 7^{1/2} Uhr.
Gewöhnliche Opern-Preise!

Lebtes Gastp. d. Hofopernsängerin
Lily Herking
vom Herzogl. Hoftheater in Dessau.
Mignon.
Oper von A. Thomas.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 27. Februar 1911.

136. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Heeringen.
Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von
Hilfsmitgliebern im Kaiserlichen Patentamt

Bis zum 31. März 1914 wird nach kurzen Bemerkungen des
Abg. Kirsch (Z.) in dritter Beratung angenommen.

Dann wird die

zweite Lesung des Militäretats

beim Titel „Gehalt des Kriegsministers 50 000 Mk.“ fort-
gesetzt.

Gröber (Z.): Die Sozialdemokraten machen den bür-
gerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten die Löhnung der
Soldaten nicht erhöht; dabei lehnen die Sozialdemokraten
alle Steuern ab. (Sehr wahr! Z.) Auch wird den Sol-
daten jetzt das Bußzeug von der Verwaltung geliefert, was
auch eine Ausgabe von 5 Millionen Mark ausmacht und für
den einzelnen Mann mehr wert ist als ein paar Pfennige
Solderhöhung. — Der Redner verbreitet sich dann mit leiser,
auf der Tribüne nicht verständlicher Stimme über das
ehrengerichtliche Verfahren, das im Grunde nichts als ein
in unsere Zeit hineinreichendes Stück Kabinettsjustiz sei;
es ist in Wirklichkeit gar kein gerichtliches Verfahren,
es entbehrt aller Kennzeichen und Garantien eines
solchen. — Die Rede des Abg. Raab am Sonnabend mit
ihren guten und schlechten Wigen war in keiner Weise ge-
eignet, die ernste Frage zu klären, die in der fortschrittlichen
Resolution angeschritten ist. Auf Bismarck können sich die
Antisemiten nicht berufen, denn Bismarck hat das Baritäts-
gesetz von 1859 veranlaßt. In der Österreichisch-ungarischen
Armee sind die Juden längst zu Offiziersstellen zugelassen,
ebenso in Frankreich, Italien, England. Wie kann man an-
gesehen der Tatsache, daß in den Freiheitskriegen 373 jüdische
Soldaten das eiserne Kreuz erhalten haben, behaupten wollen,
daß den Juden die militärische Tüchtigkeit fehle? (Lebh.
Zust. links.) Es ist natürlich nicht im einzelnen nachzuprüfen,
aus welchen Ursachen die Zurückweisung jüdischer Aspiranten
erfolgt; aber die Tatsache, daß seit Jahrzehnten ungetaufte
Juden nicht als Offiziere zugelassen werden, ist bezeichnend
genau. (Zust. links.) Wir Katholiken haben allen Grund,
gegen die Zurückweisung eines Teils der Nation aufzutreten.
Was heute den Juden passiert, kann morgen uns geschehen.
(Zust. i. Mitte und links.)

Osann (NatL.): Auch wir protestieren aufs schärfste
gegen die verlegende Rede des Abg. Raab. Gleich dem
Vorsprecher treten auch wir unbedingt für die verfassungs-
mäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein und miß-
billigen jede Zurückweisung aus Gründen der Religion oder
der Abstammung. Hoffentlich aber wird einer der Herren
von der Rechten sagen, wie eigentlich die konservative Partei
zum Antisemitismus steht. (Sehr gut! links.) Freilich
müssen sich die Juden durch feste Staatsgesinnung der Zu-
lassung zu allen militärischen und zivilen Ämtern würdig
zeigen. — Der Redner polemisiert darauf gegen die Sozial-
demokratie, der er die Negation vormirft. — Das Meer ist
das Rückgrat der deutschen Nation; durch diese Schule des
Pflichtgefühls sollte möglichst jeder hindurchgehen. (Bravo!
b. NatL.)

Schöpflin (SD.): Die eben gehörte Rede sollte wohl
beweisen, daß die Nationalliberalen der Regierung alle
Mittelforderungen bewilligen. In der Budgetkommission
wollten sie zwei Militärinspektoren streichen; aber es kostete
den Kriegsminister ein Wort — und

die Nationalliberalen klappten um wie ein Taschmesser
und lagen alle auf dem Bauch. (Gr. Hft.) Dr. Osann wirft
uns vor, uns sei die Kritik Selbstzweck. Wie kommt er da?

zu? Wir wollen unser ganzes, ungeheures Agitations-
material preisgeben, wenn er die von uns gestifteten Miß-
stände abstellt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Ich wende
mich nun zur

Judenfrage.

Ich habe weder Neigung noch Auftrag, für den jüdischen
Teil der Bourgeoisie zu reden, der auch von der Epidemie
befallen ist, seine Söhne gern als Reserveoffiziere zu sehen,
aber wir wenden uns gegen die

Gefehesverletzung.

die gegenüber den jüdischen Aspiranten geübt wird. (Zust.
links.) Der Kriegsminister sagt, die Verwaltung kann nichts
machen, wenn die Regimenter nicht wollen. Das glaubt
niemand, die Verwaltung will eben nicht. Man sagt, die
Juden sind nicht kriegerisch, — als ob noch nie ein Abels-
sprößling ein Rebeckchen nach Hause führte, (gr. Heiterkeit),
um sein verrostetes Wappenschild zu vergolden. Abriegen
könnte es dem preußischen Adel und seiner geistigen Befähig-
ung nur von Nutzen sein, wenn jüdisches Blut in ihn hin-
einkäme. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemo-
kraten.) Daß Herr Raab am Sonnabend den Reichstag mit einer

antisemitischen Kneipe

verwechelte, ist nur bezeichnend für ihn. (Hft.). Die Antise-
miten wollen den Juden Geschäftssinn vorwerfen, sie, die alle
drei Jahre

ihre politische Firma wechseln

wie der schlimmste Hansschwarz, weil die alte Firma bank-
rott gemacht hat. (Hft.). Damit lasse ich Herrn Raab
schwimmen. — Das Badische Flugblatt hält auch der Kriegs-
minister für das Produkt eines Wahnwigens. — Aber er
hat uns eine merkwürdige Geschichte von einem Manne er-
zählt, der in einen dunklen Wald gestochen ist, und dem man
die Flugblätter geben wollte. Warum nennt man den Mann
nicht? (Zuruf b. d. Soz.: Wahrscheinlich ist es ein Spiegel!)
In welchem Wald ist denn die beinahe geschehene

große Moritat

passiert. (Hft.). Die Geheimnisträmerie verstärkt den Ver-
dacht, daß es sich um Volkseigene handelt. (Sehr rich-
tig! b. d. Soz.) Aber der Sozialdemokratie schaden sie da-
mit nicht, die Niedergewertenen von 1907 reiten. — Zum Fall
Wißing sagte der Kriegsminister, der Erlaß richte sich nicht
gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen jeden Ruhestörer.
Es ist also eine Mobilmachung gegen „Unbekannt“. (Große
Heiterkeit b. d. Soz.) Die Verhärterung von Abgeordneten,
ohne Rücksicht auf ihre Immunität, hat er preisgegeben und
er sagt, der Abjag ist gestrichen. Der springende Punkt ist
aber, daß ein preussischer General derartiges niederschreiben
kann, daß er offen sagt, er würde auf Recht und die Ver-
fassung nicht achten. (Zuruf b. d. Soz.: Was ist ihm ge-
schehen?) Ah, ein General, der solchen Erlaß herausgibt,
wird vielleicht noch befördert. Aber die proletarische Bewe-
gung können Sie auf solche Weise nicht hindern; eine Armee
kommt vielleicht in Verlegenheit, wenn man ihr die Führer
nimmt, nicht aber die proletarische Bewegung. (Lebh. Zust.
b. d. Soz.) — Ich wende mich nun zu den

Soldatenmißhandlungen.

Der Minister sagt, wir sollen nicht verallgemeinern. Er
selbst aber behauptet, jeder Offizier verurteilt die Soldaten-
mißhandlungen. Wenn das wahr wäre, wären sie längst
beseitigt. — Ein Unteroffizier Reiter von der 5. Kompanie
des Garde-Fußartillerie-Regiments ließ die Leute in aller
Fröhe bei der größten Kälte aufstehen und maltratierte sie
in der gemeinsten Weise; einen Mann ließ er mit dem Kopf
nach unten an einem Gerüst aufhängen bis der Mann er-
schöpft herunterfiel. Der Vertreter der Anklage beantragte
drei Monate Gefängnis, das Gericht aber meinte, Rekruten
sind keine jungen Mädchen, Kanoniere könne man etwas
berber anfangen, und erkannte auf zwei Wochen Mittelarrest.
Wenn ein Bericht sich derartig ausdrückt, so muß das

geradezu wie eine Anreizung zu den Soldatenmißhand-
lungen wirken. (Zustimmung bei den Soz.) Ein anderer
Unteroffizier befahl einem Mann, der den Namen des
kommandierenden Generals nicht wußte, unter das Bett zu
kriechen und von dort zu singen: „Aus tiefster Not schrei ich
zu Dir“. Nachher mußte er auf das Spind klettern und
singen: „Dem Himmel hoch da komm ich her“. Dieser
Soldatenchinder erhielt 3 Jahre Gefängnis. Bei einem
Leutnant, der mit Säbelhieben und Ohrfeigen fast alle
seine Leute traktiert hatte, griff das Gericht einmal
etwas schärfer zu. Er wurde zu zwei Jahren Ge-
fängnis und Dienstentlassung verurteilt. (Hört,
hört! rechts.) Ja, wenn einmal ordentlich bestraft wird,
muß es auch erwänt werden; selten genug ist es. (Sehr
wahr! b. d. Soz.) Ein Soldat wurde wegen Mißhandlung
sahnenflüchtig. Er kam dann wieder zurück und gab an,
daß er wegen der Mißhandlungen deserviert sei. Der miß-
handelnde Unteroffizier erhielt 10 Tage Mittelarrest, aber
der Soldat sieben Monate Gefängnis und Verlegung in die
zweite Klasse des Soldatenstandes. (Hört, hört! b. d. Soz.)
Ein Unteroffizier, der Unterschlagungen und Erpressungen
nachgewiesen waren, wurde allerdings stark bestraft, mit drei
Jahren Gefängnis, aber ein Sergeant, der sich in 292 Fällen
Mißhandlungen von Soldaten hatte zuschulden kommen
lassen, wurde nur, weil das Kriegsgesetz milder schwere
Fälle annahm, zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. In
Sachsen war nach dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg,
des späteren Königs, eine zeitlang Ruhe mit den Soldaten-
mißhandlungen. Neuerdings aber sind wieder sehr arge
Fälle vorgekommen, und geradezu

schauerliche Einzelheiten

enthüllt worden. Ein Sergeant eines Manenregiments schlug
die Soldaten gewohnheitsmäßig mit der Lanze. (Hört, hört!)
Die Urteile fielen wieder sehr milde aus. Gegen Unteroffi-
ziers gab es allenfalls noch Gefängnisstrafen, aber die Offi-
ziers grade gingen so gut wie straflos aus. Mit allem Nachdruck
müssen wir erklären: in solchen Fällen trifft im allgemeinen
den Regimentskommandeur die Schuld. (Zustimmung bei
den Soz.) Die Manen- und Husarenuniformen sehen ja
recht häßlich aus, und der Kriegsminister erzählte uns neu-
lich von der Freude an der schönen Uniform. Die Freude
wird stark herabgedrückt, wenn der schwarze, bunte Kord grüne
oder blaue Flecke deckt, die von Mißhandlungen herühren,
welche die Soldaten widerstandslos zu erdulden haben, ja-
wohl, widerstandslos. Denn in demselben Oschager Manen-
regiment, in welchem die ärgsten Mißhandlungen vorgekom-
men sind, wurde ein Soldat schwer bestraft, weil er bei einem
Befehl eines Unteroffiziers etwas vor sich hingemurmelt haben
sollte. (Hört, hört!) Daß der Kriegsminister die Soldaten-
mißhandlungen mißbilligt, bezweifeln wir nicht, aber im
Lande und in den Kasernen — auch dorthin dringen ja
Zeitungen, wenn auch keine sozialdemokratischen (Heiterkeit)
— wird man seine Ausführungen so verstehen, daß er die
Soldatenmißhandlungen

nicht so scharf mißbilligt

wie sein Vorgänger. Im Interesse des deutschen Heeres,
dessen Ansehen im Ausland durch die Soldatenmißhandlung-
gen beeinträchtigt wird, sollte der Kriegsminister darauf be-
dacht sein, das Heer von Leuten zu befreien, die so

bestialische Untaten

begehen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)
Kopsch (Wpt.): Herr Raabs vorgestrige Rede hat den
Antisemitismus in Reinkultur gezeigt, aber man tut Herrn
Raab zuviel Ehre an, wenn man ihm mit Gründen ant-
wortet. (Lebh. Zust. links.) Von ihm gilt daselbe, was
Eugen Richter von Liebermann von Sonnenberg sagte: er
belustigt die Rechte mit Wigen, die die Herren selbst zu machen
zu vornehm sind. (Sehr gut! links.) Herr Raab sagte, wie
wollen unsere Söhne nicht in Gefahr bringen, sich jüdischen
Vorgefetzten gegenüber strafbar zu machen.“ Hätte ein

Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(5. Fortsetzung.)

3. Die Flucht.

Der Mexikaner Felipe Corona, wie er mit Namen
hieß, verließ in seinen bitteren Nachgedanken das Haus
des Deutschen. Aber während er die Straße hinab schritt,
war er sich doch auch bewußt, auf wie unsicherer Basis die
Klage ruhte, die er hier, selber ein Fremder, gegen
einen in Lima ansässigen Mann vorbringen wollte. Und
sollte er ihn deshalb in Besitz aller der Schätze lassen, die,
wie er fest behauptete, ihm — allein nur ihm ge-
hörten? Nein! Bei dem Blute des Gekrenzigten,
nein. Wahrlich nicht, so lange seine Faust noch ein Messer
führen konnte, und wenn ihm die Verurteilung sein Recht nicht
verschafften — er biß die Zähne fest zusammen und schritt,
finster vor sich hinbrütend, die Straße hinab, wo er das
Haus eines Advokaten mußte. Der sollte ihm helfen — oder
doch wenigstens einen Rat geben, wie er sich zu verhalten
habe, welche Schritte er hier in dem fremden Lande
tun müsse, um den Schuldigen zu überführen und zu
strafen.

Er fand den Herrn auch zu Hause, und zwar ziemlich
behaglich in einer Hängematte liegend und eine Zigarre
rauchend; was sollte er sich bei der Hitze anstrengen, wo er
es so bequem haben konnte? Die Geschäfte mochten eben
warten, bis die Abendstunde eintrat — oder vielleicht auch
bis morgen früh. Die Gerechtigkeit ist blind und kann sich
deshalb nicht Hals über Kopf in einen Strudel von Arbeit-
ten stürzen; sie muß eben langsam und vorsichtig zu Werke
gehen.

Nach dem eintretenden Mexikaner drehte er auch kaum
den Kopf, als dieser das kühle, luftige Gemach betrat. Der
Mann trug einen Poncho, war also jedenfalls ein
Peon oder Diener, denn ein Caballero ging nicht mehr
mit diesem eigentlich alt-peruanischen Kleidungsstück über
die Straße; es war völlig aus der Mode gekommen. Er
brachte ihm wahrscheinlich eine Botschaft, und die konnte
er ebenso gut liegend anhören — ja eigentlich noch viel
besser.

„Und was wollt Ihr, amingo?“
„Gute Hilfe oder Gutes Rat, Senyor, gegen einen
Schurken“, sagte der Mexikaner ruhig.
„So? Im — und wie heißt der Schurke?“

„Er ist ein Fremder, Don Gaspar, der aus Kalifornien
mit vielem Geld hierher gekommen.“
„So? Der Deutsche? Und was habt Ihr gegen
ihn?“

„Das Gold, das er mitgebracht, ist mein“, sagte
der Mexikaner ruhig, „ich hielt ein Spielzelt am Richtig-
güch in Kalifornien und verkaufte zugleich Waren. Ich ver-
diene viel Gold. Da aber die Amerikaner dort kein
Spiel mehr haben wollten, trieben sie uns fort, und ich lud
mein Gold und meine Waren auf Maultiere und zog nach
dem Macalome hinüber, wo ich noch einen Bruder hatte.
Mit diesem wollte ich nach Mexiko zurückkehren — ich ge-
brauchte nicht mehr. Unterwegs traf ich den Aleman. Es
sind sonst gute, rechtliche Leute, und wir Mexikaner
verfechten dort nur mit ihnen und den Franzosen. Ich
freute mich, daß ich Begleitung bekam; denn ich hielt mich
mit meinen schwer beladenen Tieren nicht für ganz sicher
im Walde. Manchen von uns hatten die Amerikaner ge-
mordet und uns selber wurde es dann zur Last gelegt.
Ich hatte mir aber den schlimmsten Feind zu meiner Be-
gleitung ausgesucht. Als wir, kaum noch eine halbe Legua
vom Macalome entfernt, eine kurze Zeit im Walde rasteten,
nahm er die Gelegenheit wahr und schlug mich mit seinem
schweren Messer über den Kopf — hier an der Seite,
Senyor, seht Ihr noch die kaum verhasste Narbe. Ich
brach besinnungslos zusammen, und er hielt mich jeden-
falls für tot; ich war es auch fast. Landsleute fanden mich
später und trugen mich in die Minertstadt, und als ich nach
Wochen wieder zu mir kam und meinen Bruder an meinem
Bett sitzend fand, war meine erste Frage nach meinen
Tieren, meinen Schätzen — umsonst — man hatte nichts
bei mir gefunden — gar nichts — der Räuber mußte alles
mit fortgenommen haben. Waren und Gold, und ich
war wieder arm wie ein Bettler.“

„Im — eine verwünschte Situation“, brummte der
Advokat, sich eine neue Zigarette anzündend, „und Ihr wißt
geniß, daß dieser Don Gaspar derselbe ist, der Euch da-
mals begleitete?“

„Hört nur weiter“, fuhr der Mexikaner fort. „Vier-
zehn Tage brauchte ich wohl noch, bis ich mich vollständig
erholte hatte und meine Wunde veruarbt war — dann
folgte ich seinen Spuren. Mein Bruder hatte mir einige
Unzen Gold geborgt, damit wanderte ich aus, und es dauerte
nicht lange, so war ich auf der Fährte des Mörders.
In Stockton hatte er meine Maultiere und Waren verkauft
und war zu Schiff nach San Francisco gefahren, und bald
erfuhr ich, daß er nach Panama gegangen. Ich nahm
Zwischendeckspassage und folgte ihm. In Panama ließ ich

mir die Passagierlisten geben und sah seinen Namen nach
Beri eingeschrieben. — Ich mußte mein Geld sparen und
bekam freie Passage als Koffenaufwarter hierher. — Ich
brauchte in Lima nicht lange nach ihm zu suchen. Das Ge-
rucht, daß er so viel Gold in den kalifornischen Minen ge-
funden, hatte ihn rasch bekannt gemacht. Ich habe ihn
heute gesehen.“

„In der Tat?“ rief der Advokat, der sich doch jetzt für
die Sache zu interessieren anfing, indem er sich in seiner
Hängematte halb emporrichtete, „und was sagte er?“

„Er leugnet alles.“
„Nun natürlich, versteht sich von selbst — aber wo haben
Sie Ihre Zeugen?“

„Zeugen habe ich gar nicht — wir waren allein.“
„Den Teufel auch! Gar keine Zeugen? Aber es hat
Sie doch dort jemand zusammen wegretten sehen, oder Sie
sind anderen begegnet?“

„Allerdings — Menschen genug; aber wer das war und
wo die jetzt sind, wer könnte es sagen?“
„Bitte, lieber Freund“, sagte der Advokat, sich jetzt in
seiner Hängematte auflegend, „wollen Sie mir vielleicht vor-
her erklären, ob Sie über bedeutende Mittel verfügen, um
einen längeren Prozeß durchzuführen? Hundert Dollars
müssen vor allen Dingen einmal bei mir deponiert werden,
um mir die ersten Ausgaben zu decken.“

„Ich besitze nicht einmal mehr hundert Dollars in mei-
nem ganzen Vermögen“, sagte der Mexikaner finster, „jener
Schuft hat mir ja alles geraubt; aber wenn mir mein Recht
zugesprochen wird —“

„Entschuldigen Sie einen Augenblick, daß ich Sie unter-
breche. Habe ich den Fall folgender Art klar verstanden,
daß Sie von Kalifornien, ohne Geld in der Tasche, hierher
gekommen sind, um einen hier ansässigen Fremden anzu-
klagen, daß er an Ihnen in den kalifornischen Wäldern
einen Raubmord verübt und Ihnen alles abgenommen hat,
ohne dafür weitere Zeugen und Beweise beibringen zu können,
als Ihr Wort?“

„Das ist genau so der Fall“, sagte der Mexikaner; der
Advokat fiel aber in seine Hängematte zurück, als ob er ge-
schossen wäre, piff nur leise vor sich hin und sah nach der
Decke hinauf.

„Und wollen Sie mir dazu verhelfen?“ fragte der
Mexikaner.

„Mein sehr verehrter Herr“, sagte der Rechtsanwalt,
ohne aber seine Stellung im mindesten zu verändern, „vor-
her erlauben Sie mir denn wohl die Frage an Sie zu rich-
ten: Halten Sie mich für verrückt?“

sozialistischer Redner dasselbe gesagt, aber „adlige Offiziere“ statt „jüdische“ gesetzt, so würde diese Ausweisung zur Behör- samerweigerung einen Sturm der Entrüstung im ganzen Hause hervorgerufen haben. (Verhättnis Zustimmung links.) Redner tritt dann für größtmögliche Sparsamkeit ein und verlangt Streichung der Gouvernementskosten der fürstlichen Adjutanten und des Feldjägerskorps und beklagt sich über die Schwierigkeiten, die man in manchen Gegenden den Volksschul Lehrern bei der militärischen Beförderung mache. Die Soldatennüchternheiten mißbilligt der Kriegsminister, aber damit allein ist es nicht getan, sie müssen aus der Ar- mee verdrängt werden. (Zustimmung links.) Es ist bedauerlich, daß die Rechte bei Erwähnung von Mißhandlungsfällen nielsch in Lachen ausbricht. (Söhnisches Lachen rechts.) Für die Leute, deren Söldne als einfache Soldaten zu dienen haben, ist die Sache nicht lächerlich. (Sehr gut! links.) Wir wollen ein wirkliche Volksarmee haben, und in einem solchen Fall es keine Mißhandlungen geben. (Lebh. Beifall links.)

Freuß. Kriegsminister von Seeringer polemisiert zunächst gegen den Abg. Kopsch. Die Militärverwaltung ist nach Kräften befreit, Sparsamkeit waken zu lassen. Der Etat beweist das. Redner verteidigt sodann den Ministeriale- ersatz, der den Offizieren verbietet, sich mit Parlamentartern in Verbindung zu setzen. Wir wollen doch keine partei- politische Offiziere in der Armee haben. (Abg. Ledebour ruft: die gibt es doch in schwerer Menge.) In Süddeutsch- land hat man in früheren Jahrzehnten schlechte Erfahrungen mit der Hineinziehung der Armee ins Parteigetriebe gemacht. Absteht vom Parteigetriebe soll die Armee sich auf ihre eigenen Pflichten der Vaterlandsverteidigung vorbereiten. (Lebh. Beifall rechts.) Ich habe doch auf das allernachdrücklichste erklärt, daß ich völlig auf dem Standpunkt der Gleichberech- tigung stehe. Ich habe ebenfalls erklärt und wiederhole es, daß ich es auf das entschiedenste mißbillige, wenn die Zu- rückweisung jüdischer Aspiranten aus bewußtem oder un- bewußtem Antisemitismus erfolgt. Ich leugne auch nicht, daß ein bewußter oder unbewußter Antisemitismus im Heere vorhanden ist. (Hört, hört! links.) Ich behauere das, aber ich kann doch nichts dafür. Es ist klar, daß Vorurteile, die im Volke vorhanden sind, auch auf die Ar- mee übertragbar sind. (Sehr richtig! bei den Soz. — Beifall rechts.) In der Freiheit des Offizierkorps, sich selbst zu ergänzen, darf nicht gerüttelt werden im Interesse der Ho- mogenität der Offizierkorps. Wenn die Grundzüge der Gleichberechtigung greifbar verlegt werden, wird Remedur geschaffen. — Die Äußerung des Abg. Schöpslin über die Mobilmachung gegen „Unbekannt“ beweist nur, daß er von diesen Dingen nichts versteht. (Unruhe bei den Soz.) Es ist einfach unsere Pflicht, uns gegen Aufruhr vorzubereiten. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Stelle mit der Immunität der Abgeordneten in dem Erlaß des Generals von Bissing stand, bedauere ich, aber beachten muß man doch auch, daß unter den Juniten Zweifel darüber bestehen, ob der § 31 der Verfassung von der Straffhaft oder von der Präventiv- haft spricht. (Hört, hört! links.) — Den Namen des Mannes, dem die Flugblätter übergeben werden sollten, will ich dem Abg. Schöpslin gern nennen, es ist der Erb- arbeiter Ludwig Preis aus Weilers. — Die Mißhandlungen in der Armee sind ja eine

unangenehme Sache.

und jeder Offizier ist befreit, sie einzuschränken; der Herr Abgeordnete brauchte mich an diese verdamnte Pflicht und Schuldigkeit nicht zu erinnern. (Bravo! rechts.) Tatsächlich sind auch die Mißhandlungen ganz erheblich zurückgegangen. — Für die Vorbereitung der jungen Leute durch die Sozial- demokraten zum Militärdienst danken wir, sie begleiten die jungen Leute verhegend bis an die Kaserne und empfangen sie mit derselben Agitation. Zwei bis drei Jahre

staatlich sanktionierte Freizeitsberaubung

wird im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ vom 8. Januar 1910 die Dienstzeit genannt. (Hört, hört! rechts.) Der Land- tagsabgeordnete Lieberich hat ja auch offen auf einem Par- teitag zugegeben: „Wir wollen dem Proletariat den Ka- sernenall wehreteln.“ Kritik haben wir gern, denn sie fördert uns (Lachen b. d. Soz.), aber sie darf nicht verhegend sein und das Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften untergraben. Nach der sozialdemokratischen Kritik muß das Ausland unsere Armee ja für eine verlorrene Bande halten, und das kann ihnen Respekt vor uns nicht stärken und trägt nicht zur Wahrung des Friedens bei.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Freiber von Salza und Lichter: Bei den Miß- handlungen im 17. Manenregiment ist eingeschritten worden; der König selbst hat sich Bericht erstatten lassen. Mit den Unteroffizieren, die sich Mißhandlungen hatten zuschulden kommen lassen, ist die Kapitulation nicht erneuert worden. (Bravo! rechts.) Das ist wohl die härteste Strafe, die sie treffen konnte.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Generalleutnant von Gelsk: Der Abg. Schöpslin sprach von einem geistlichen Vorbereitungsdienst für Soldaten in einem baye- rischen Regiment. Es handelte sich um Vorträge für junge noch nicht militärischpflichtige Leute, und zwar durch Geistliche; es es Feinden waren, weiß ich nicht, doch möchte ich es be- zweifeln. Soviel ich weiß, sind im Deutschen Reich solche nur ganz verstreut vorhanden. (Gr. St.) Die Militär- verwaltung hat mit der ganzen Sache weiter nichts zu tun, als daß sie für die Teilnehmer Strohsäcke und wollene Decken hergegeben hat. (Stärm. St.)

von Dergan (Kpt.): Wir haben bei der Erzählung von Soldatennüchternheiten durchaus nicht gelacht; keine Partei verurteilt sie mehr als wir. — Antisemit bin ich nicht, ein anständiger Jude ist mir ebenso lieb wie ein anständiger Christ. Aber ein Offizier muß gute Erziehung und Takt haben, und daran fehlt es bei den Juden oft. Das erklärt sich aus ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung und wird mit der Zeit besser werden. Sozialdemokraten dürfen auf keinen Fall Offiziere werden, und deshalb muß die Resolution der Volkspartei, die eine Zurückziehung aus politischen Gründen nicht will, abgelehnt werden. (Zust. rechts.)

Kriegsminister v. Seeringer bittet ebenfalls um Ab- lehnung der Resolution.

Ka a b (Abg.) warnt vor der Vermischung von Agrariern mit Juden, denn schließlich kommen da immer nur junge Juden heraus. Selbst wenn mein Ton am Sonnabend der des Wirtshausbesuchers wäre, wäre er noch immer viel vornehmer als der des Magdeburger Parteitag. (Sehr gut! rechts.) Herr Schöpslin warf mir Geschäftsmann vor. Ich lebe noch heute von meiner Arbeit, aber wie viele der Herren von der bayerischen Linken wissen nicht an der Partei- stütze. (Sehr gut! rechts.) Wenn es ihr gerade einmal paßt, dann macht auch die Sozialdemokratie in Antisemitis- mus. (Stärm. Beifall b. d. Antif.)

Ein Schwärmer wird an g e n o m m e n .

Der antisemitische Zusatzantrag zu der sozialistischen Resolution wird gegen die Antisemiten, die Resolution selbst gegen Reichstribunal, Sozialdemokraten und Nationalliberale abgelehnt. Das Gehalt des Kriegsministers wird be- willigt und die weitere Beratung des Militäretats auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Preßprozeß. Wegen einer Notiz „Ein Bildchen aus dem Rechtsstaat“, in der das Vorgehen der Eberfelder Polizeiverwaltung in einem Prozeßverfahren wegen Miß- handlungen besprochen worden war, wurde Genosse G. Müller, Verantwortlicher der „Düsseldorfer Volkszeitung“, zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der frühere Bürger- meister von Eberfeld, Pfeiffer, und eine Anzahl Polizisten hatten sich beleidigt gefühlt. Die Behauptung der Anklage, den Polizisten sei Meineid vorgeworfen worden, wurde vom Gericht verneint.

Die Kranzschleife als Verkehrshindernis. In Het- t e d t im Mansfeldertrien trugen zwei Genossen bei der Be- rüdigung eines Parteigenossen Kranze mit roten Schleifen. Ein Polizeikommissar forderte sie auf, die staatsgefährlichen Schleifen zu entfernen. Sie weigerten sich, widerlegten sich aber nicht der Beschlagnahme der Kranze. Trotzdem kam es wegen Abtreibung einer Kreispolizeiordnung, die sich mit — der Sicherheit des Verkehrs beschäftigt, zu einer An- klage. In der Verhandlung erklärte der Anwalt, die Beschlagnahme der Kranze hätte „aus verkehrspolizeilichen Gründen“ erfolgen müssen, weil es früher einmal beim Be- gräbnis eines Sozialdemokraten zu einer Schlägerei ge- kommen sei; sogenannte Reichstreue hatten die Leidtragenden belästigt und angegriffen! — Das Schöffengericht sprach beide Angeklagte frei.

Aus der Jugendbewegung.

Die Jugend als Zureiber für die christliche Jugend- organisation. In Biegnitz sorgt der Jugendobermeister durch Versendung von Schreiben nachfolgender Art, daß die Lehrlinge in den evangelischen Junglingsvereinen hineinge- trieben werden:

„Es haben sich zu melden in die Jugendabtei- lung des Evangelischen Männer- und Junglingsvereins die Lehrlinge (folgen fünf Namen von Stellmacher - Lehrlingen) in Lehre bei (folgen die Namen der Lehrmeister).“ Der Obermeister.“

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung im Oberlausitzer Braunkohlerevier. Die Bergarbeiter genannten Braunkohlereviers befinden sich in einer Lohnbewegung für den Abschluß von Lohnverträgen. Es arbeiten auf den 14 Werken des Bezirks etwa 700 Ar- beiter, die zum größten Teil organisiert sind; die Christlichen haben nur geringen Anhang unter den Bergleuten. Am 18. Februar haben die Bergarbeiter durch den alten Berg- arbeiterverband ihre Tarifvor schläge an sämtliche Werke ein- gereicht. Sie verlangen als Schichtzeit unter Tage acht Stunden, über Tage 10 1/2 Stunden inkl. Rausen. Der Schicht- lohn, der zugleich als Mindestlohn für Gedingearbeit zu gel- ten hat, soll betragen: auf den Reichenaner Schächten für Feuer und Förderleute 3,70 Mk., in Gießmannsdorf, Hartau und Obersdorf bis zu 4,20 Mk. Ferner soll bei Gedinge- arbeit das Verbaue, Zimmern und Schienenlegen extra be- zahlt werden, was bisher meist nicht der Fall war. Bei niedrigen Gedingelöhnen unterblieb dann diese so notwen- dige Arbeit um Schutze der eigenen Sicherheit der Arbeiter oder sie wurde nur mangelhaft ausgeführt. Die Folge waren häufige Unfälle. Die Werkbesitzer werden sich der Bewilligung dieser beschiedenen Forderungen nicht entziehen können, andernfalls müßten die Bergarbeiter ihre gerechten For- derungen mit Nachdruck vertreten, was ihnen angeht die der guten Organisationsverhältnisse nicht schwer fallen dürfte.

Von den Gelben. In Magdeburg, das die Gel- ben mit Vorliebe als eine ihrer Hochburgen bezeichnen, geht es mit dieser auf den Verrat der Arbeiterinteressen abzielenden „Bewegung“ merklich bergab. So ist z. B. der für die Arbeiter des metallindustriellen Betriebes von Otto Bru- son u. Co. gegründete Werkverein wieder eingegangen. In den anderen Werken Magdeburgs, für die solche Vereine existieren, macht man die größten Anstrengungen, um zu ver- hindern, daß die Massenflucht nicht gar zu groß wird. So schenkt z. B. das Krupp-Grusonwerk den Lehrlingen ein halbes Jahr der Lehrzeit, wenn sie sich bereit erklären, dem gelben Werkverein als Mitglied beizutreten. Abrechnung wird von den gelben Vereinen öffentlich überhaupt nicht mehr verlangt. In der letzten Zeit ist die Direktion der Magdeburger Straßenbahngesellschaft den Gelben zu Hilfe gekommen, indem sie ihre Angestellten als geeignetes Or- ganisationsobjekt empfohlen hat. Die Straßenbahndirektion ist noch verknüpft über den nennenswerten Erfolg, den ihre Angestellten bei ihrer kürzlich beendeten Lohnbewegung mit Hilfe des Transport- und Metallarbeiterverbandes hatten. Die Treue der Angestellten zu diesen Organisationen ist der Direktion sehr unangenehm. Ihre Anordnung, daß die Straßenbahner „keiner sozialdemokratischen Organisation“ angehören dürfen, ist so ganz und gar nicht beachtet worden, so daß sie jetzt eine gelbe Organisation für ihre Angestellten einzuführen sucht, um auf diese Weise die unangenehm- Mahner los zu werden. Die Vorgesetzten sammeln Unter- schriften für die Gründung eines gelben Vereins und be- merken fleißig, im Namen der Direktion. Wer nicht unter- schreibe, brauche auf feste Anstellung nicht zu rechnen oder: wer keine Gehaltszettel sichern wolle, müsse unterschreiben. Das „Liebeswerben“ hat aber so gut wie gar keinen Erfolg. Die gelben Macher fühlen sich aber trotz der wenig ermutigenden Situation, in der sie sich befinden, als ob sie wer weiß was ausrichten könnten. So hat kürzlich der „Ausflug“ nicht parteipolitischer Arbeitervereine Magdeburgs“ zu den kom- menden Reichstagswahlen Stellung genommen und die Not- wendigkeit gemeinsamen Vorgehens sämtlicher bürgerlichen Wähler gegen die Sozialdemokratie betont. Ob die Ober- gelben bei den Reichstagswahlvorbereitungen der bürger- lichen Parteien die Rolle werden spielen können, die sie er- warten, ist recht zweifelhaft. Denn es ist auch anderen nicht unbekannt geblieben, daß es mit der gelben Bewe- gung in, wie das Sprichwort sagt: Viel Geschrei und wenig Wolle!

Christlicher Arbeiterverrat. In dem Orte Jähe- na u. j. in Schwaben haben die dort zahlreich beschäftigten Schneidergehilfen — fast durchweg Heimarbeit — einen Lohnvertrag eingereicht, der neben anderem auch eine Lohn- erhöhung von 15 Proz. vorsieht. Die dort beschäftigten Arbeiter sind bis auf wenige im Verband der Schneider organisiert, nur vier sind Mitglieder des christlichen Schneiderverbandes, die sich aber mit den Forderungen einverstanden erklärt hatten. Um eine friedliche Einigung herbeizuführen, fanden denn auch zwischen der Lohnkommission der Gehilfen und den Unternehmern Verhandlungen statt. Die Unternehmer hatten sich schon bereit erklärt, eine zwölfprozentige Lohn- erhöhung zu gewähren und eine friedliche Regelung stand außer Frage. Da erschien plötzlich der christliche Gewerkschaftsführer Becker aus Jäheburg auf dem Plan und hinter dem Rücken der freiorganisierten Arbeiter schloß die Christen einen vor der tankelnetzernen Zahl- stelle christlicher Schneider und Schneiderinnen eingereichten Tarif ab. Die Arbeiter erfuhren diese Leistung der Chris- tlichen erst durch folgenden Artikel der Lokalpresse Jähe- burgs:

„Nachdem der bestehende Tarif von seiten des freien Verbandes zum 1. März d. J. gekündigt wurde und sich in der Zwischenzeit eine Zahlstelle des christlichen Schneider- verbandes gegründet hat, reichte dieselbe, nachdem der freie Verband ein gemeinsames Vorgehen ablehnte, selbständig einen Tarif ein. Die ersten Unterhandlungen, die am letzten Montag und Dienstag mit den Arbeitgebern, dem christlichen und freien Verbands stattfanden, verliefen resultatlos. Die gestrigen Unterhandlungen, die zwischen den Arbeitgebern und dem christlichen Verbands allein stattfanden, endigten zur Zufriedenheit der Arbeiter. Es wurde dabei eine Lohnerhöhung von 7 bis 10 Proz. auf 3 Jahre erzielt. Da der freie Verband wiederholt er- klarte, daß die christliche Organisation nicht in Frage komme, so können wir mit Stolz auf dieses Resultat zur- rückblicken. Wir dürfen wohl annehmen, daß die ruhige- denkende Arbeiterklasse sich mit diesem auf friedlichem Wege erzielten Erfolge einverstanden erklärt.“

Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen.

Wie aus diesem „Bericht“ selbst hervorgeht, ist die Be- hauptung von der versuchten Ausschaltung der Christlichen purer Schwundel, man hatte den Christlichen im Gegenseit einen Sitz in der Lohnkommission im Aussicht gestellt. Be- zeichnend für die Taktik der Christlichen ist es aber, daß sie von den Unternehmern die Zulage verlangten, daß, wenn die Freiorganisierten höhere Lohnsätze erkämpften, diese dann auch den christlichen Schneidern bezahlt werden müssen!

Bergarbeiterstreik und arbeitswillige Revolverhelden.

Auf dem „Frankfurt - Finkenheerde Braunkohlenwerk“ zu Finkenheerde brach im Januar plötzlich ein milder Streik aus. Die Arbeiter hatten über allerhand Mißstände, ge- ringen Verdienst und häufige Strafen zu klagen. Auf Ein- greifen der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes fuhren die Streikenden jedoch nach zwei Tagen wieder an. Die Werksleitung nahm Rache und entließ den Vertrauensmann des Verbandes, kündigte einer Anzahl anderer Arbeiter und machte durch Aushang eine Herabsetzung des Gedingelohnes bekannt. Darauf legten erneut ca. 100 Grubenarbeiter die Arbeit nieder, während etwa 20 Mann weiter arbeiteten. In Anbetracht der gräßlichen Provokation der Arbeiter durch das Werk nahm sich der Bergarbeiterverband nun der Strei- kenden an und übermittelte deren Forderungen der Werks- leitung. Sie lauteten: Zurücknahme der Entlassungen und Kündigungen, Zurücknahme der Lohnkürzung, Aufbesserung der Schichtlöhne mit der Maßgabe, daß sie auch bei Ge- dingarbeit als Mindestlöhne gelten, vertragliche Ver- einbarung der Arbeitsbedingungen. Das Werk wollte nur mit dem Arbeiterausschuß verhandeln, der aber besteht nur aus zwei Mann, wovon einer Streikbrecher ist. Die Streikenden lehnten daher eine Verhandlung durch den Ausschuss ab. — Die Werksleitung setzte mit Maßnahmen gegen die Streikenden ein, die in der Kantine wohnenden Ausständigen wurden ermittelt und anderen die Werks- wohnungen gekündigt. Arbeitswillige kamen zwar viele an, doch zogen sie nach erhaltener Aufklärung wieder ab. Nur ein Trupp von etwa 15 Mann, der von Hamburg vermittelt war, hielt stand. Wie sich bald zeigte, gehörten sie den modernen Landsknechten Hingelcher Couleur an. Sie führten Revolver bei sich, betrogen sich äußerst heraus- fordernd und hielten Schießübungen im Tagebau ab. Natürlich machten sie von ihren Revolvern auch gegen die Streikenden Gebrauch. Die bürgerliche Provinzpresse, die von der Werksleitung genau so fleißig mit Berichten ver- sehen wird, wie unser Parteiblatt mit Berichtigungen, weiß zu erzählen, es wäre auf beiden Seiten geschossen worden. Das ist unwar, wofür auch spricht, daß zwei streikende Arbeiter Schußwunden am Kopfe erhielten. Der Streik dauert fort.

Ein Normalarbeitsvertrag für Innungen will der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag heraus- geben. Zu diesem Zwecke wurde an die einzelnen Innungs- verbände nachfolgendes Rundschreiben versandt:

„Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Hand- werks- und Gewerbetages hat auf seiner Sitzung vom 11. November v. J. einer Anregung der Handwerks- kammer Düsseldorf zufolge, beschlossen, eine Feststellung über den Umfang der im Handwerk bestehenden Tarifver- träge vorzunehmen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages soll dann auf Grund des gewonnenen Materials einen Normalarbeits- tarifvertrag für Innungen entwerfen.“

Es wird zunächst beabsichtigt, eine Sammlung der Tarifverträge durch die Geschäftsstelle zu schaffen, die ins- besondere dann auf für eine Klärung der Rechtsverhält- nisse des Arbeitsvertrages und über dessen Bedeutung für das Handwerk benutzt werden soll. Die Angelegenheit soll jederzeit der Vollversammlung zur weiteren Be- schlussnahme vorgelegt werden.

Wir kommen dem uns erteilten Auftrag nach und er- suchen den verehrlichen Innungsverband hierdurch, uns durch Überweisung des bei ihm befindlichen Materials in der Materialsammlung von Tarifverträgen gefl. unterstützen zu wollen.

Deutscher Handwerks- und Gewerbetag.

gez. H. Plato. gez. Dr. Meusch.

Es mag ein ganz eigenes Monstrum von „Normal- arbeitsvertrag für Innungen“ werden, das da vom Deutschen Handwerks- und Gewerbetag ausgebrütet werden wird. Bekanntlich stehen die einzelnen Innungsver- bände den Tarifverträgen gegenüber, wie Feuer dem Wasser. Ob es den verpöpten Innungsverbänden nicht auch ein- leuchtet wird, daß bei solchem Standpunkt ihre Mühe ein für die Arbeiter auch nur halbwegs annehmbares Normal- arbeitsvertragschema zu schaffen, „für die Katz“ sein muß?

Angenehme Hinzubrüder. In dem Städtchen Silen- burg bei Leipzig sind die Unternehmer mit Hilfe des Reichs- verbandes gar mächtig bestrebt, den freien Gewerkschaften das Lebenslicht auszublasen, indem sie die dort gut organi- sierten Arbeiter in den Nationalen Arbeiterverein pressen wollen. Die Arbeiter wehren sich natürlich, und so ist es zu dem Ausstand von etwa 30 Arbeitern der Zellulosefabrik ge- kommen. Die Direktion dieser Fabrik hat sich nun eine Sendung Hinzubrüder kommen lassen, muß aber mit dieser Sorte Menschen die übliche Erfahrung machen. So miß- handelte ein solcher Hinzubrüder einen seiner Streikbrü- der derartig, daß dieser sich in ärztliche Behandlung be- geben mußte. Der Geschlagene hatte sich ins Gewerkschafts- haus geflüchtet, wo er übernachtet wollte. Er mußte jedoch abgewiesen werden, weil er voller Ungeziefer und mit einer ansehnlichen Krankheit befallen war. Stände der lieben Arbeits- willigen befinden sich im Silenburger Krankenhaus, wo sie auf- Kosten der Steuerzahler verpflegt werden. Andere dieser an- genehmen Hinzubrüder konnten den Unterschied zwischen Mein und Dein nicht verstehen und sind deshalb von der ihnen so wohlgefallenen Madame Justitia in schlagende Ohnut genom- men worden. Ein anderer fand ein besonderes Vergnügen daran, Sonntagabend auf der Straße mit offenem Messer herumzufucheln. Ein Schnümann, der für ein solches un- schuldiges Streikbrechervergnügen nicht das richtige Ver- ständnis hatte und den Messerhelden festnehmen wollte, be- kam für diese Einmischung sogleich die entsprechende Be- lehrung: er wurde nämlich durch das Messer des Romby's

22. Schwib G. J. F. Wurmfester, Eisenbahnbesitzer K. S. Evers, 24. Arbeiter E. H. Fick (Krempelndorf), Rimmermann F. C. Fick, Ober-Bahnhofsvorsteher J. C. Neuvotth.

Ungeordnete Angebote.

20. Februar. Küchenschef N. Steinbagen in Hirschberg und J. M. Wittling, Realschuloberlehrer K. S. R. Schaefer in Jena und L. G. Müller in Elbing. Geschäftsreisender J. P. W. Meve und M. S. C. Loppentien. 21. Schiffsoffizier H. J. W. Löbendorf in Hamburg und W. M. A. C. A. David. Maler M. J. F. Gienapp und A. K. S. E. Westphal. Kunstschreiner C. J. F. Kirchner und die Witwe C. S. C. Heuer geb. Groth. Werk-Elektro-Monteur G. K. A. Petersen in Kiel und B. A. F. Düns. 22. Arbeiter H. S. F. Köhl in Vorwerk und S. L. G. Dütsch. Tischler H. K. C. Schulze und J. F. W. Spehmann in Schönbrücken. Ober-Wolfschaffner C. F. D. G. Th. Tiemann und die Witwe M. D. Rullmann geb. Schwart. Töpfer H. C. Ramn und G. R. Böttcher in Wadendorf bei Jarmen. 23. Kaufmann J. Dittmer und D. C. C. Goldschmidt. 24. Schiffszimmermann W. A. S. Rindt und J. Th. A. H. Lindenberg in Koloth. Gergant C. W. Rübach gen. Haack und G. L. R. Nies. Friseur C. W. Grote und W. M. Soltmann. Arbeiter H. C. F. E. L. Springuis und S. L. Nylén. 25. Müller F. A. Schoppe und H. C. Kreichmer, beide in Bremen. Kaufmann J. C. Chr. A. C. Bülle und G. A. C. M. Albert. Arbeiter A. J. A. Lewig und M. Chr. C. Roggentamp.

Scheintodtote.

21. Februar. Arbeiter Chr. F. F. Ohlert und geschiedene L. C. E. Voek geb. Pries. 22. Landmann S. B. Chr. Dresch in Heidekamp und W. Ch. S. Lahg. 23. Kutcher F. F. F. W. Kludus und A. O. F. Schnoor. Schlosser H. F. A. Ahrendt und A. C. W. Mahnte. Kaufmann H. S. Chr. Rätow und G. C. C. Dunder.

Sterbefälle.

18. Februar. Arbeiter J. F. F. Fick, 77 J. Gärtner J. A. P. Westphaling, 66 J. 19. Früherer Schirmmacher J. S. P. L. P. F. M. C. S. S. Helms, 5 M. Früherer Photograph C. G. Drümmer, 56 J. A. C. C. England, 1 J. S. W. M. Sid, 79 J. Schiffskapitän A. S. C. Behrens, 48 J. H. J. H. Wollau, 4 M. 20. M. geb. Den. Witwe des Maklers V. Renfer, 75 J. S. C. Sch. Schröder, 1 J. C. M. C. geb. Giesenberg, Witwe des Arbeiters J. C. S. Lampe, 80 J. M. A. Ch. geb. Weiphol, Witwe des Gemeindevorsethers S. Ch. A. Franck, 47 J. M. M. F. geb. Hering, Ehefrau des Arbeiters S. Gajewski, 57 J. (Gniffau). 21. M. F. F. W. 28 J. Handlungsgehilfe S. C. W. Dülsterdieck, 19 J. M. M. Hig, 7 M. (Vorwerk.) Hauswirt B. S. Arndt, 62 J. (Sabow). Ch. C. S. geb. Koelgen, Witwe des Arbeiters J. D. Dahlstein, 63 J. 22. C. Ch. F. geb. Riemann, Ehefrau des Privatiers L. S. Viehfeldt, 67 J. Tischler J. M. F. Voss, 70 J. Arbeiter L. D. Ch. F. Meyer, 28 J. Seemann J. R. Wommelsdorff-Friedrichsen, 20 J. Privatmann C. J. B. Nagel, 80 J. S. J. R. Thiel, 2 J. C. M. Dahlbura, 8 M. Ein Mädchen, 5 Stunden. U. Zimmermann J. C. Fick, 7 M. D. geb. Kaetzer, Ehefrau des Arbeiters W. J. L. C. Woltersdorf, 25 J. (Fremstump.) 24. S. C. Niechers, 11 M. (Hamburg.) Privatmann M. S. Stoack, 73 J. M. A. R. Kieck, 5 M. F. M. geb. Helmbricht, Witwe des Arbeiters F. S. Ch. Fick, 73 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Das Kinderverbot in den Kinematographen.

Am vorigen Sonntag waren die Straßen unserer Stadt mit herumirrenden Kindern angefüllt. Ihnen allen war von dem Polizeiamt das so harmlose Vergnügen des Kinobesuches verboten. Ferner mahlten Eltern mit ihren Kindern an der Kasse der Kinematographentheater wieder umkehren, weil die meisten hiesigen Kinematographentheater sich gezwungen sehen, die „Jugendvorstellungen“, zu welchen die Jugend allein nicht kommen darf, ganz ausfallen zu lassen, um dem Drucke der Polizeiverordnungen nicht zu unterliegen. Denn während sie diese sogenannten „Jugendvorstellungen“ abhalten, so müßten sie um 7 Uhr ihre sämtlichen Gäste, auch die Erwachsenen, hinausjagen, und dann ihre Porten bis 7 1/2 Uhr schließen. Und warum müssen die Kinematographentheater diese unerklärliche Pause machen? — Weil gelästert werden soll! — Während der „Jugendvorstellungen“ ist das Rauchen verboten. Also Tabakqualm ist nicht vorhanden und meiner Ansicht nach sind die Ventilationsvorrichtungen der Kinematographen vollständig ausreichend, um die verbrauchte Luft zu erneuern. Wenn das hiesige Polizeiamt um die Luft in den Kinematographen so sehr besorgt ist, warum verbietet es denn das Rauchen nicht überhaupt ganz und gar? Wie könnte man jetzt noch überrascht sein, wenn es auf einmal hiesige, die hiesigen Restaurants, Cafes und Tanzlokale mühten zu bestimmten Zeiten ihre Lokalitäten räumen und das Publikum auf die Straße jagen, weil „gelästert“ werden soll. Ich für meinen Teil finde diese Lüftungsmaßnahme ebenso unbegründet, als es bei den Kinematographentheatern der Fall ist. Und warum dürfen nun die Kinder die vom hiesigen Polizeiamt extra für Kinder als gut befundenen Lichtbilder nicht allein sehen? Auch diese Verfügung ist mir vollständig unverständlich. Aber es ist den Kindern deshalb unterlag, das Kinematographentheater allein zu besuchen, weil das hiesige Polizeiamt meint, daß die Kinder dadurch sittlich und moralisch sinken. Die harmlosen Lichtbilder, in welchen eine schlechte Tat nie ungelohnt bleibt, sondern immer ihre gerechte Strafe findet, wo das Kind die Folgen des Schlechtes vor sich sieht, sind nicht unmoralisch. Auch nicht jene Verleumdungen, wo an dem Kinderauge in ungeheurer Naturtreue die wunderbarsten Weltgegenden vorüberziehen, wie kein Panorama und kein totes Bild es gleich tun kann, wo das Kind sich erfreut an den überaus drohlichen Humoresken. Wenn das Polizeiamt nun meint, daß die Kinematographen dem Kinde schädlich sind, was sind denn das Stadttheater und die Stadthallen? Die Vorstellungen wie „Die Ehre“, „Moral“, „Die geschiedene Frau“, „Die blaue Maus“, „Gretchen“, „Varietensemble“ und viele mehr sind vielleicht fördernd für die Jugend? Und zu diesen Vorstellungen ist den Kindern der Zutritt allein erlaubt. Hier dürfen sie die Intriquen des Lebens in sich aufsaugen, und sich an den modernen Fragen der Gesellschaft sättigen. Aber in den harmlosen Kinematographen dürfen sie nicht. Dies reime sich einer zusammen.

Ich kann es nicht. Ferner werden die Buntdruckplakate der Kinematographentheater einer sehr scharfen Kontrolle unterzogen. Lebhaftige Farben, ein zozogener Regen, ein harmloses Negerweib genügen schon, um das Bild zu verbieten. Da sehe man nun mal in die Schaufenster der Kunsthandlungen. Was sieht das Kind da? Alles was den Kinematographen verboten wird, und noch weit mehr. Hier wird man nur nun mit der Antwort entgegenkommen: Das ist „Kunst“. Aber wo ist das Kunstverständnis bei den Kindern? Es ist verschwindend gering, und wo nun die moderne Kunst mit falschen Augen angesehen wird, da ist sie der Jugend unabsehbar gefährlich. Aber da wage es noch einer zu sagen, daß wir nicht leben im Zeichen des Fortschritts. Wenn nun das Polizeiamt denkt, der Jugend ihre Unschuld zu bewahren, dann muß es die Hebel aber an ganz andere Stellen ansetzen wie bisher, und den Kindern nicht ein wertvolles Anschauungsmittel nehmen.

Ein genau Informierter.

Literarisches.

Carl Hagenbeck, „Von Tieren und Menschen“, Erlebnis und Erfahrungen. Neue, wohlfeile Ausgabe, 6 Mark. In 21 Lieferungen a 25 Wg. zu beziehen. Man hat Hagenbecks Buch, das jetzt in billigen Lieferungsheften vorliegt, mit Recht als eins von jenen so seltenen Büchern bezeichnet, die jedem etwas geben, die der kleine Pub mit Begeisterung verschlingt und der erwachsene Mann mit Genuß liest. Kurzum die einer ganzen Familie geeignete Lektüre bieten, und in der Tat wird niemand, der das Buch zur Hand nimmt, es weglassen, ohne den interessanten Inhalt bis zu Ende genossen zu haben. Die schlichte Art, in der Hagenbeck von sich erzählt, spricht ungemein zu Herzen. Als Mutter eines guten Sohnes mit seiner wohlthunenden Betätigung kann er unserer Jugend als bestes Vorbild dienen. Erstauslich ist, was dieser Mann alles geleistet und vor sich gebracht hat, wie er mit einem alten Seebund in der Tenne anfing und heute der Weisheit des herrlichsten Tierparadieses in Stellingen bei Hamburg ist. Seine grandiosen Völkerschaukellungen und Tierdressur-Unternehmungen laden Hunderttausende in allen großen Städten zum Besuch, seine Haisenden durchstreifen mit Schlinge und Büchse aller Herren Länder auf der Suche nach seltenen Tierarten, er versorgt die zoologischen Gärten der Welt mit seinem Tierhandel — fürwahr ein Mann, von dessen Weltbetrieb ein anschauliches Bild zu erhalten, jeden interessieren wird. Die Art, wie er von seinem Leben und seinem Wirken erzählt, ist äußerst reizvoll. Alles hat den Charakter des Selbstverständlichen, ob es ein gefährliches Abenteuer mit einem Eisbären ist oder mit einer Klapperschlange, wo er mit genauer Not dem Tode entrann, ohne es geahnt zu haben. Der Schatz der 134 trefflichen, außerordentlich instruktiven Abbildungen trägt sehr viel zum Werte des Buches bei. So ist dieses in der Lieferungsausgabe jedem zugängliche Werk sehr zu empfehlen. Unsere Buchhandlung nimmt Abonnementsbestellungen auf die Lieferungsausgabe entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. S. H. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Gesundheit — durch seine Bekömmlichkeit, Genuss — durch seinen Wohlgeschmack, Ersparnis — durch seine Billigkeit bringt Ihnen „Kathreiners Malzkaffee“.
Der Gehalt macht's!

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden sehr erfreut Friedrich Scheel u. Frau, Kattenhof.

Montag früh 5 1/2 Uhr entließ nach kurzer schwerer Krankheit in ihrem 56. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Annz R. Böttcher, geb. Schütt.
Dies betrauert und schmerzlichst vernimmt von allen, die ihr nahe standen.
Wilhelm Böttcher u. Familie.
Lübeck, Oberstraße 21/2.
Beerdigung am Freitag um 1 1/4 Uhr vor der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus.

Für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Gedächtnis und sonstigen Aufmerksamkeiten danken wir allen herzlich.
Wilhelm Bannow und Frau, geb. Steffen.

Für die vielen Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich.
Herm. Rathcke und Frau, geb. Kaiser.

Fremdbl. möbl. Zimmer zu vermieten
Weichhorstraße 40. part.
Eleganter Damen-Maskenanzug (Garnen) zu vermieten
Königsstraße 89. III.

Zum 1. April eine abgesehl. Zweizimmer-Wohnung mit Zubeh. von jung. Ehepaar m. 1 Kind gesucht, am liebst. Barat O. u. CBE a. d. Grv.
Zum 1. Juli eine Drei-Zimmer-Wohnung (Eig.) u. Garten in einem Sohn u. Burat. gesucht. Angebote unter E C 12 a. d. Exped. d. Bl.

P. P.
Durch die ungedachte Ausdehnung, die meine seit 6 Jahren nebenbei betriebene **St. Jürgen-Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung** verbunden mit **Reparaturwerkstatt** gewonnen hat, sehe ich mich gezwungen, meine Stellung als Werkmeister der Maschinenfabrik i. K. Schetelig & Nölek aufzugeben, um mich ganz meinem Geschäft widmen zu können.
Durch große Abschlässe, sowie Vermeidung aller Unkosten für Ladenmiete, meine Maschinen zu konkurrenzlos billigen Preisen abzugeben. Ich werde auch in Zukunft bestrebt sein, durch gute und zuvorkommende Bedienung mir das Vertrauen meiner werten Kunden zu verdienen und zu erhalten. — Berücksichtigung des Lagers (ohne Kaufzwang) jederzeit erwünscht. Preislisten stehen gratis und franko zu Diensten.
Gleichzeitig erlaube ich mir, auf meine **Schlosserei und Maschinen-Reparaturwerkstatt** empfehlend hinzuweisen.
Hochachtungsvoll
C. H. J. Graeob,
Schlosser und Mechaniker, Lübeck, Blücherstr. 23, I.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt
Meggendorfer-Blätter
München 2 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 41
Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 41, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Geschäfts-Eröffnung.
Am 1. März 1911 eröffne ich meine neue **Gastwirtschaft in Kücknitz** und bitte meine sehr werten Freunde und Gönner, das mir in so großem Maße in Waldhusen geschenkte Vertrauen auch hier entgegen bringen zu wollen. Hochachtungsvoll
Kücknitz. Carl Jürgens.
Günstig für Brauteute.
Neue moderne Wohnungseinrichtung, bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer und Küche, Preis 500 Mk., in bar 4% Rabatt.
Das Wohnzimmer ist im Schaufenster ausgestellt.
Sunderstraße 13.
Abreisenden anbehalten u. nachgeliefert werden.
Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft Fischerstr. 52.

Mittwoch, den 1. März:
Grünkohl-Essen
Anfang morgens 11 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. Brinker, Schmiedestr. 4-6.

Hansa-Theater
Heute Dienstag, anf. 8 1/2 Uhr:
Große Abschieds-Vorstellung.
All Abroad Comp.
„Liebesnacht“.
Eine nächtliche Boudoirszene von Graf Max Löwenstein, bearbeitet von Aug. Neidhardt.
„Der Defektiv“.
„Ein Fenster zu vermieten“.
Schwan in einem Akt von Georges Nantau.
„All wrong“.
Burleske in einem Akt von Walter H. Paris.
Bis 4. März bleibt das Theater geschlossen. Ab Sonntag, dem 5. März: Große internationale Spezialitäten-Vorstellung.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten wochent. gültig.

März

a der
inter-
egen,
d zu
ber
den
Hier
Das
kin-
mo-
t sie
noch
fort-
ihre
ganzt
nicht
er.

Ge-
u s.
de-
igen
u so
der
lene
nlie
der
iter-
ichte
zu
ohl-
bilb
und
in
steu
ran-
igen
sch,
illec
ver-
ier-
em
Ste
ft
nd,
ren
Not
bay
gen
in
zu
be-

Co

itz
unde
kem
Ber-
gehen

MS.

rich-
mer,
breis
hau-

B.
nach-
en
obst-
und
52.

PA

de-
-6.

37